



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

83 (18.2.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201990](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201990)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich für ein Haus gebucht Mark 20.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 45.—, Postkontonummer 17590. Inserate in Baden und Nummer 2017 Ludwigsplatz am Rhein, Hauptgeschäftsstelle L. & S. Geschäfts-Nebenstelle: Karlsruhe, Waldhofstraße Nummer 4. Jahrespreis Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zwölfmal.

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile mit 6— zusammen mit 2— Stellenangebote u. d. m. — 20.—, Nachsch. Bekannte mit 18.—. Anzeigenpreise: Die kleine Zeile mit 6— zusammen mit 2— Stellenangebote u. d. m. — 20.—, Nachsch. Bekannte mit 18.—. Anzeigenpreise: Die kleine Zeile mit 6— zusammen mit 2— Stellenangebote u. d. m. — 20.—, Nachsch. Bekannte mit 18.—.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Poincaré verdächtigt Deutschland.

Die Oberschlesischen Zwischenfälle vor der französischen Kammer.

Paris, 17. Februar. In der heutigen Kammer Sitzung steht an erster Stelle die Interpellation des Abg. Bouillon über die Zwischenfälle von Petersdorf und Gleiwitz auf der Tagesordnung. Der Interpellant behauptet, daß die französische Regierung nicht rascher vorgegangen sei. Durch die Tatsache, daß die Sanktionen nicht dem Autokrat auf dem Fuße folgten, habe sich die öffentliche Meinung enttäuscht gefühlt. Deutschland habe weder moralisch noch materiell abgerufen. Das bekräftigt der Bericht des Generals Rollet jeden Tag. Deutsche Arbeiter, das habe General Rollet festgestellt, sabotierten die Aufgabe der Kontrollkommission. Die Opfer des Attentats von Petersdorf seien als Opfer des deutschen Militarismus und auch als Opfer der Schwäche der vorausgegangenen französischen Regierung gefallen.

Ministerpräsident Poincaré

beantwortet die Interpellation und erklärt, das, was in Petersdorf vorgefallen sei, sei nur eine Episode der zahlreichen Attentate, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien gerichtet seien. Die Ordege habe aufgelöst und ihre Waffen an die internationalisierte Kommission abgeliefert werden müssen. Aber deutsche Banden, die bewaffnet aus Deutschland gekommen seien, hätten sich allmählich wieder gebildet. Die Entscheidung des Völkerbundes habe eine Verstärkung dieser Banden veranlaßt. Der Ministerpräsident verliest eine lange Liste der Attentate, die gegen die Truppen in Oberschlesien begangen worden sein sollen. Er spricht auch von zahlreichen Waffendepots, die man entdeckt habe und die den Beweis lieferten, wie präpariert die Truppe in Oberschlesien sei. Die deutschen Banden bestritten die Gesangenen. So habe man auch den Mörder des Kommandanten Montalegre aus dem Gefängnis herausgeholt. Der Ministerpräsident schildert ab dann die Vorgänge in Petersdorf einzeln und erklärt, er habe von General Verond verlangt, daß die Kommission die erforderlichen Feststellungen mache und daß sich rasch in Anwendung des Friedensvertrages die Vorkonferenz mit der Angelegenheit befaße. Er habe auch Vorstellungen durch den französischen Botschafter beim Reichskanzler erheben lassen und wenn bemerkt werde, daß der Angriff in Petersdorf erfolgte unter Mitwirkung von Elementen, die von Deutschland gekommen seien oder sogar mit Waffen, die aus Deutschland gekommen seien, sei die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung nachgewiesen. Indemnitäten und Sanktionen würden von der französischen Regierung gefordert werden. Der Ministerpräsident gibt sodann Kenntnis von den Ergebnissen der Hausungen und Verhaftungen, die in Petersdorf und Umgebung unternommen wurden. Er zweifelt nicht daran, daß die Vorkonferenz, wenn Mitschuldige aus dem deutschen Reich festgestellt worden seien, strenge Sanktionen erlassen würde. Die französische Regierung habe beschlossene, energische und strenge Maßnahmen zu verlangen. Man müsse es in Betracht ziehen, daß Petersdorf und Gleiwitz zu dem Gebiete gehörten, das an Deutschland zurückgabe, das aber augenblicklich unter der ausschließlichen Autorität der internationalisierten Kommission stehe.

Die deutsche Regierung habe eine Enquete versprochen. Das Ergebnis, wie zu erwarten war, negativ ausgefallen sei. Aber die internationalisierte Kommission lehnte ihre eigenen Untersuchungen fort. Alles, was er im Augenblick der Kammer mitteilen könne, sei, daß General Verond nichts vernachlässigen werde, damit Gerechtigkeit geschehe. Es habe den Anschein, daß der Angriff in Petersdorf von Elementen einer mächtigen deutschen Organisation geleitet worden sei, die aber nur fortbestehen könne unter der Mitschuld von deutschen Beamten und Spionisten.

Zum Schluß erklärte Poincaré, die Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland seien soweit fortgeschritten, daß in aller Kürze die internationalisierte Kommission den deutschen und polnischen Behörden notifizieren werde, daß sie Besitz von den Gebieten ergreifen könnten, die ihnen zugesprochen worden seien. Sowohl die deutsche wie die polnische Regierung müßten ihre gegenseitigen Rechte respektieren. Gerade deshalb habe die Regierungskommission in Oberschlesien beschlossen, alle verstreuten Waffen zu erlösen. Da keine Tagesordnung eingebracht ist, forderte der Präsident der Kammer zur Behandlung der nächsten Gegenstände der Tagesordnung auf.

Was man wird mit vieler Mühe die Diskussion wieder eröffnen, da der Abg. Singac inzwischen eine Tagesordnung eingebracht hat, in der die Erklärung der Regierung festgelegt werde. Ministerpräsident Poincaré erklärt, die Regierung habe keine Vertrauensstunde verlangt, da die Kammer auch durch ihre Haltung gezeigt habe, daß sie die Erklärung der Regierung bilige. Wenn eine Tagesordnung verlangt werde, durch die die Autorität der Regierung nach außen erhöht werden könne, werde sie die Regierung annehmen. Die eingebrachte Vertrauensstunde wurde hierauf von allen anwesenden 506 Abgeordneten angenommen.

Diese neueste Rede Poincarés von verantwortlicher Seite aus enthält so schwere Beschuldigungen und Verdächtigungen der deutschen Reichsregierung und ist geeignet mit der Absicht gehalten, vor der Konferenz von Genua die Atmosphäre zu vergiften, daß die Reichsregierung um-

gehend dazu Stellung nehmen muß. Sie hat zwar erst vor einigen Tagen halbamtlich erklären lassen, daß die Untersuchungen des Dr. Peters keinerlei Anhaltspunkte für die Beschuldigungen in der französischen Presse ergeben hätten. Aber nachdem nun der Ministerpräsident selbst diese haltlosen und böswärtigen Anwürfe sozusagen amtlich aufgreift und vor aller Welt ausspricht, erwächst der Reichsregierung und der deutschen Volksvertretung die unabwendbare Pflicht, mit Deutlichkeit und Würde ebenso vor aller Welt die nötige Antwort zu geben. Dem neuen Außenminister, Herrn Dr. Rathenau, ist hier eine dankbare Aufgabe gestellt, Breiter des Ansehens der deutschen Reichsregierung zu sein, und die Haltlosigkeit aller Behauptungen Poincarés ebenso wie ihre perfide Böswilligkeit an den Bräutigam zu stellen.

Die Wiederaufbaufrage.

Paris, 17. Febr. Die Kammer setzte nach Beendigung der Interpellationsdebatte über die Zwischenfälle in Oberschlesien die Diskussion über das sog. Sonderbudget der Ausgaben für den Wiederaufbau fort, deren Küderhaltung Deutschland zufällt. Abg. Desjardins bespricht die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die er mit der Lage der besetzten Gebiete vergleicht. Die deutschen Fabriken arbeiten. Die deutsche Industrie sei fast so bedeutend wie vor dem Kriege. Der Verkehr in den Häfen, namentlich in Hamburg wachse täglich. Nach dem Zustand der Deutschen selbst habe sich die deutsche Industrie im letzten Monat fast verdreifacht. Der Abgeordnete bespricht ab dann die Frage der Sachlieferungen und verlangt Auskunft über das Abkommen von Wiesbaden. Der Abg. möchte wissen, ob man eines Tages mehr davon erfahren werde, als was die Zeitungen mitgeteilt hätten. Finanzminister de Lasteyrie erklärt, das Abkommen sei noch nicht von allen Regierungen ratifiziert worden. Es könne der Kammer nur zugehen, wenn ein endgültiges Einverständnis erzielt sei.

Desjardins sagt, das Abkommen von Wiesbaden bilde eine Täuschung. Werde es angenommen, so würde es die besetzten Gebiete abhängig von der deutschen Industrie machen. Der Abg. bespricht im weiteren Verlauf die mangelhafte Rückerstattung der aus den besetzten Gebieten abgeführten Gegenstände. Ministerpräsident Poincaré antwortet, die Besetzung der Wirtschaftliche Lage, insbesondere aber das deutsche Budget, dessen Defizit sich täglich erhöhe, ohne doch etwas Wirtungssoles zu seiner Befristung getan werde. Die Zahlungsanleihe, die geplant sei, werde ein ungenügendes Ergebnis haben. Die Steuerreform sei ungenügend. Man fürdere die Inflation. Wenn Deutschland die gleichen Anstrengungen gemacht hätte wie Frankreich, wäre die Reparationsfrage längst gelöst. Er glaube, man könne im letzten deutschen Budget 15 Milliarden Franken disponiblen finden, wenn man nur wolle. Der Wiederaufbau der verwaisteten Gebiete stehe nicht im Widerspruch mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt. Die Weiterberatung des Finanzgesetzes wird hierauf auf Dienstag vertagt.

Die Reparationsfrage.

Ausdehnung des Wiesbadener Abkommens auf Belgien! ONS. Berlin, 17. Febr. Nach einer Berliner Korrespondenz ist die Hauptaufgabe der kürzlich hier eingetroffenen Abordnung der Reparationskommission in einer Ueberprüfung der deutschen Wirtschaftslage mit Rücksicht auf die bevorstehende Entscheidung der Reparationskommission über die deutschen Leistungen im Jahre 1922. Die Abordnung steht in ständigen Verhandlungen mit der Kriegsaufgabenkommission. Auch die Frage einer Ausdehnung des Wiesbadener Abkommens auf Belgien soll evtl. geregelt werden.

Entente und deutsche Kapitalflucht.

ONS. Berlin, 17. Febr. Die Abendblätter melden aus London: Der englische Schatzkanzler habe im Unterhaus erklärt, daß die Reparationskommission nach dem Versailler Vertrag nicht befugt sei, die Abwanderung von Kapital aus Deutschland und Oesterreich zu verhindern. Deshalb werde versucht, evtl. im Zusammenhänge mit dem Eruchen der deutschen Regierung um Zahlungserleichterung die Möglichkeit zu prüfen, wie die Ausfuhr von Kapital aus Deutschland am besten kontrolliert werden könnte.

Die Konferenz von Genua.

Dr. Beneš in London.

ONS. London, 16. Febr. Der Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Dr. Beneš hat heute eine einstündige Unterredung mit Lloyd George, bei der, wie verlautet, in der Hauptsache die Ziele der Konferenz von Genua, der europäischen und russische Wiederaufbau behandelt wurden. Am Nachmittag hatte Dr. Beneš eine Unterredung mit Lord Curzon. Morgen wird er von neuem mit Lloyd George zusammentreffen.

ONS. London, 17. Febr. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Beneš erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, die wirtschaftliche Neuordnung Europas durch eine internationale Konferenz in Genua sei einer der Gedanken, die, einmal in der Welt verbreitet, nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten. Ein Wendepunkt in der Geschichte sei erreicht. In den internationalen Beziehungen beginne eine neue Zeit. Die Bedeutung der Konferenz für die friedliche Entwicklung Europas sei unbestreitbar. Nichts würde unternommen, was die Verwirklichung der großen von der Konferenz erwarteten Ergebnisse gefährden könne. Es sei daher für alle Mitglieder der Konferenz notwendig, vollkommen vorbereitet zu erscheinen. Es würde ebenfalls von großem

Vorteil sein, wenn die Hauptlinien eines möglichen Uebereinkommens in den vornehmsten Fragen von den hauptsächlichsten Teilnehmern vorher genau bestimmt würden. Das Thema sei zu wichtig, um es unnötigerweise Gefahren auszuliegen; indessen würde eine Verschiebung allen Interessenspartei gestattet, mit ausgereiften Ansichten und mit durchdachten Vorschlägen auf die Konferenz zu kommen.

Deutschland und Rußland, erklärte Dr. Beneš, würden auf der Konferenz die beiden Hauptthemen bilden. Deutschland sogar das wichtigere Thema. Welche Lösung immer auch erzielt werde, Deutschland müsse daran beteiligt sein. Zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Wiederherstellung der Wohlfahrt müßten die verschiedenen Mächte Europas alle miteinander verbunden sein und die Uebereinstimmung sich auf gegenseitige Gleichberechtigung gründen und in freundschaftlichem Geiste eingegangen werden. Durch die Konferenz von Genua würde Deutschland fest in das gemeinsame Netzwerk internationaler Beziehungen aufgenommen und dadurch mit den Alliierten verbunden werden. Die Nachfolgestaaten ebenso wie alle Länder, die an Deutschland grenzten, müßten mit der Tatsache des Bestandes Deutschlands rechnen. Durch das Gewicht seiner ethnographischen Rasse allein müsse Deutschland eine große Rolle bei den Verhandlungen der Konferenz von Genua spielen. Keine Umkreisung könne Deutschland verhindern, durchzubrechen. Für Deutschland seien in Genua zahlreiche Möglichkeiten vorhanden. Der Weg für den Frieden führe über Genua. Nach Deutschland komme an Bedeutung Rußland gleich, das augenblicklich das große Vakuum in der internationalen Lage bildet. Die Tschechoslowakei sei von jeher dafür eingetreten, daß die chinesische Mauer, die Rußland von dem übrigen Teil der Welt trennt, niedrigergerisse werde.

ONS. Berlin, 18. Febr. Nach Ost-Europe-Meldungen aus Paris wurde die Forderung der Türkei, an der Konferenz von Genua teilzunehmen, von den alliierten Oberkommissaren namens der von ihnen vertretenen Regierungen abschlägig beschieden, da die Türkei kein europäischer Staat sei und sich außerdem noch im Kriegszustande befinde.

Sturz des Kabinetts Bonomi.

ONS. Rom, 19. Febr. Nach einer Havasmeldung ist das Ministerium Bonomi in der Kammer mit 295 gegen 107 Stimmen in der Minorität geblieben.

Annahme des englisch-irischen Vertrages.

ONS. London, 18. Febr. Im Unterhause wurde die Vorlage über den Vertrag mit dem irischen Freistaat in allen Teilen angenommen. Ein von den Unter-Abgeordneten eingebrachter Änderungsantrag wurde mit 302 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Reichsregierung und Eisenbahner.

Eine Erklärung der Reichsgewerkschaft.

ONS. Berlin, 18. Febr. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten versendet folgende Mitteilung:

„Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat in zweitägiger Sitzung zu der aus der Streikbewegung sich ergebenden Sachlage Stellung genommen, insbesondere zur Frage der Disziplinierungen. Aus allen Bändern und Direktionsbezirken lagen Berichte über die wachsende, tiefgehende Erregung infolge der Massenmaßregelungen vor. Alle Delegierte waren einmütig der Meinung, daß diese Maßnahmen im Widerspruch stehen zu den Versprechungen, die der Reichskanzler den Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat und die zu dem sofortigen Abbruch des Streiks beigetragen haben. Einz. zur Klärung der Sachlage entsandte Abordnung wurde vom Reichskanzler im Kanzlerzimmer des Reichstages empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete, um weiter beruhigend auf die Mitglieder wirken zu können.“

Der erweiterte Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann als abgeschlossen, wenn die Frage der Maßregelungen endgültig befriedigend gelöst sein wird. Im Gegensatz zu den irreführenden Sensationsmeldungen wird festgestellt, daß sämtliche Beschlüsse des erweiterten Vorstandes fast einstimmig gefaßt worden sind.“

Das Disziplinarverfahren.

ONS. Berlin, 18. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) Die vom B. L. in der gestrigen Nacht verbreitete Mitteilung des Vorstandes der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten über den Empfang beim Kanzler wird von einem Teil der Blätter als neue Nachgiebigkeit des Kanzlers gedeutet, von anderen wieder als Rückzug der Reichsgewerkschaft.

Die „D. N. Z.“ z. B. meint, diese Erklärung bedeute eine neue Niederlage der radikalen Führer der Reichsgewerkschaft, welche unter kommunistischem Einfluß einem neuen Streik nicht abgeneigt waren. Das „B. L.“ weiß nach zu berichten, Dr. Birich hätte bei der gestrigen Besprechung den Vertretern der Reichsgewerkschaft erklärt, Anfangs der nächsten Woche würde die Regierung erneut in eine Prüfung über die Abänderung der Richtlinien eintreten. Daraufhin hätten die Vorstände der Reichsgewerkschaft beschlossen, zunächst Bewehr bei Fuß, aber sich stets kampfbereit zu halten.

Inzwischen werden vom „B. L.“ die richtigen Zahlen über die Maßregelungen mitgeteilt. Die Zahl der Streitenden

hatte etwa 130—150 000 Eisenbahnbeamten betragen. Von diesen seien ungefähr 500—600 Disziplinarverfah-
ren gegen unfähige Beamten eingeleitet worden. Wohl-
verstand, zunächst erst eingeleitet. Man kann auf etwa 200
Bestrafungen rechnen. Gegen fähige Eisenbahn-
beamte sind bisher 1500 Entlassungen ausgesprochen
worden, denen übrigens das bereits ausgezahlte Gehalt
voll belassen wurde. Von diesen Entlassenen sollen aber
dieserhalb wieder eingestellt werden, die nicht Streit-
urheber oder Saboteure waren. Der Kreis der Bemöglichten
würde also auch hier sehr klein sein. So sehen nach einem ge-
wöhnlichen Zeugen in Wahrheit die Massendis-
ziplinierungen aus, um deren Willen Herr Menne und
seine Leute unausgesetzt noch die deutsche Öffentlichkeit zu be-
helligen wagen.

Nicht unerwähnt soll auch eine für die Arbeiterschaft
nachteilige Folge der Wiedereinstellung dieser Beamten bie-
den. Nach dem Etat des Reichsverkehrsministeriums werden
gegenwärtig mehr Arbeitnehmer beschäftigt als im
Haushalt vorgesehen sind und ist das Reichsverkehrsmini-
sterium verpflichtet, bis 1. April die Personalbestände bis zu
20 000 Arbeitnehmern zu vermindern. Würden nun die Ent-
lassungen der Beamten aufrechterhalten bleiben, so hätte die
Folge der Verminderung des Personalbestandes nicht die
Arbeiterschaft allein zu tragen brauchen, sondern auch die
Beamtschaft. Nun hat sich das Reichsverkehrsministerium
durch die Tatkraft seiner notwendigen Personal-
verminderung nach dem Etat gezwungen gesehen, für
die wiederangestellten Eisenbahnarbeiter zu ent-
lassen.

Die Förderung des Wohnungsbaues.

□ Berlin, 18. Febr.

(Von unserem Berliner Büro.)

Über den Reichstag ist nach den Erregungen der
letzten Wochen eine große Müdigkeit gekommen. Für
viele hat der ständige Montag kaum ausgereicht, um
dabei nach dem Rechten zu sehen, und sie sind schon gestern
mit den Mittagsjahren von hinten gefahren. Das Haus ist
leer von Anfang und wird immer noch leerer. In solcher
Verfassung berät man die Novelle, die die Abgabe zur För-
derung des Wohnungsbaues von 10 auf 50 Prozent
zu erhöhen vorschlägt. Natürlich wird das Kommissar aus
dieser Abgabe zum Wohnungsbau nicht ausreichen. Ohne
Anleihe (die Träger der sozialen Versicherungen haben
sich inzwischen zur Herabgabe von Mitteln, wenn auch nicht der
ganzen 6 Milliarden, auf die man einstweilen wohl die Er-
fordernis schätzt, bereit erklärt) ist überhaupt nichts zu
machen. Aber die Verzinsung und Amortisation will man
wenigstens so bestreiten, und wenn dann noch ein Rest bleibt,
ihn gleichfalls dem Wohnungsbau zuführen. Darum dreht
sich die Unterhaltung. Doch nicht darum allein. Zum Teil
werden, zumal von den Kommunisten und Unab-
hängigen, auch dieselben Reden wiederholt, die schon
zwischen Dienstag und vorgestern zum Reichsmietengesetz
gehalten wurden, und der deutschnationalen Bazille geht
sogar aus Gänze und mündet sich um den Nachweis, daß die
Wohnungsnot wie alle anderen Uebel der Zeit von der
„Nichtung unserer auswärtigen Politik“ und der „mangelnden
Sparsamkeit“ herrühren würden. Der demokratische
Abg. Bahr, der an den beiden Entwürfen der gestrigen
Novelle, sowohl an dem Reichsmietengesetz, besonderen
Anteil gehabt hat, plädiert für förmliche Verabschiedung, da durch
die steigenden Kosten die Absichten des Gesetzgebers ver-
fehlt werden könnten. Ob aber diese schnelle Verabschiedung
wirklich erreicht wird, ist einigermaßen zweifelhaft. Auch
schon um deswillen, weil der Einwand, daß es sich hier um
Verfassungsänderungen handele, angemeldet wor-
den ist. Den langen Nachmittag über sind im Raunen durch
das Haus, daß heute und am Montag sittingsfrei sein würde.
Hinterher bestoch man aber doch, heute zu sagen, dafür wird
man dann am Montag keine Sitzung abhalten und gegen
Ende der Woche eine längere Pause eintreten lassen.

Deutscher Reichstag.

DRB, Berlin, 17. Februar.

Der Reichstag erledigte heute zunächst kleine Anfragen
und geht dann zur zweiten Beratung der Novelle zum Miet-
steuergesetz über. Nach der Vorlage soll die bisherige Miet-
steuer von insgesamt 10 Proz. auf 50 Proz. der Friedensmiete
erhöht werden, damit der Staat 25 Proz. und die Gemeinde
mindestens 25 Proz. erheben dürfen. Der Ausschuss hat die Regie-
rungsanträge angenommen und noch die Bestimmung eingefügt,
daß wenn das Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt, von der
Erhebung einer Mietsteuer abgesehen werden kann. Ein Antrag
der Unabhängigen will statt dessen 25 000 Mark festsetzen.

Ein Antrag Hergl (Dm.) geht dahin, den Gesetzentwurf ab-
zulehnen und eine Entschädigung anzunehmen, in der gesagt wird,
daß die Förderung des Wohnungsbaues nach der Reichsreform
Sache der Länder sei und nicht der Reichsregierung. Im allmäh-
lichen Abbau der Zwangswirtschaft, verbunden mit Maßregeln zur
weiteren Verbilligung des Bauens, erklart der Ausschuss den einzig
sicheren Weg zur dauernden Förderung der Bauwirtschaft und daß
eine weitere Verbilligung des Bauens sich nur erreichen lasse, wenn
unsere Verpflichtungen auf das mögliche zurückgeführt werden,
wenn größte Sparsamkeit in den öffentlichen Verwaltungen durch-
geführt wird, und wenn endlich die Verteilung unserer Wirtschaftspoli-
tik aus der schematischen Durchführung des Achtstundentages,
die schematischen Tarifverträge und ungerechtfertigte Streiks be-
seitigt werden. Bis zur Wirksamkeit dieser Maßregel soll die Bau-
wirtschaft durch die Länder weitgehend gefördert werden. Die
höheren Mietpreise sind nach dem Maße der Leistungsfähigkeit zu
erheben.

Ministerialrat Dr. Ritter empfand die Annahme des Geset-
zentwurfes, worauf der Abg. Bazille (Dnt.) das Wort ergriß und
den Gesetzentwurf als unannehmbar und unloyal bezeichnete. Der
sozialdemokratische Abg. Silberstein verlangte, daß man die
Förderung des Wohnungswesens von einem anderen Gesichtspunkte
aus betrachte, als wie es von deutschnationaler Seite geschehe.
Regierung und Parlament müßten dafür sorgen, daß rationell und
speziell gewirtschaftet werde, da es sich um öffentliche Mittel
handele. Da der Handel im Baugewerbe nur verkehrend wirke,
müßten alle Auswüchse ausgeschaltet werden. Seine Partei werde
unter allen Umständen dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen.

Vom Zentrum sprach der Abg. Teemmel, der ebenfalls erklärte,
daß die Allgemeinheit ein Interesse daran habe, daß gesunde Woh-
nungen hergestellt werden. Die Hauptsache sei, daß recht bald etwas
geschehe. Seine Partei stimme dem Gesetzentwurf zu.

Der unabhängige Abg. Hühner sprach sich für die Kapital-
marktliche Wirtschaft aus, und glaubt nur auf der Basis der Ge-
meinschaftlichkeit aus der Wohnungsnot herauszukommen. Seine
Partei lehnt das Gesetz ab. Auch die Kommunisten erklärten über-
einstimmend die Ablehnung des Gesetzentwurfes.

Der Demokrat Bahr legte besonderen Wert darauf, zu be-
tonen, daß das Kleinvermögen und der Sozialrentner beim Woh-
nungsbau keineswegs überflüssig seien. Sie seien vielmehr voll-
ständig notwendig. Seine Partei nehme das Gesetz an.

Der bayrische Volkspartei Abg. Jand wies ebenfalls die
Formulierung der Länder gegen die Kleinbauunternehmer unbegründet
zurück und erklärte, daß seine Partei die Sozialisierung der Bau-
wirtschaft ablehne. Die Stellung seiner Fraktion mache er abhängig
von der Annahme bzw. Ablehnung der vorliegenden Anträge.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Samstag 12 Uhr ver-
zögert. Außerdem steht auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf
über Rechtsplegmahnahmen für das Saargebiet und eine
Interpellation über Bahnanforderungen im Verkehr mit Oesterreich.

Oberschlesien.

Der Dank an das Oberschlesier-Hilfswerk.

WB, Berlin, 17. Febr. Der Reichstagsrat richtete an
den Vorstand des Oberschlesier-Hilfswerks in Berlin folgendes
Schreiben:

„Der bevorstehende Abschluß der Tätigkeit des Oberschlesier-
Hilfswerks bietet mir willkommenen Anlaß, sämtlichen Mitarbeitern
für die ausdauernde und erfolgreiche Arbeit zum Besten der schwer
heimgekehrten Bevölkerung des ober-schlesischen Abstammungsgebietes
meine warmste Anerkennung auszusprechen. Angesichts der
großen Schwierigkeiten, denen die Bestrebungen des Oberschlesier-
Hilfswerkes vielerorts begegneten, gelang es der unermüdeten
Hingebung der mit der Aufgabe betrauten Herren, die Sammel-
tätigkeit zu einem ganz hervorragenden Erfolge zu gestalten und
damit die Not vieler Tausender aus Not und Gut vertriebener
Oberschlesier wirksam zu lindern. Ich bitte ergebendst allen betrei-
benden Persönlichkeiten, insbesondere den Herren des Vorstandes
und dem Herrn Hauptgeschäftsführer meinen Dank und zu-
gleich den namens der Reichsregierung übermitteln zu
wollen.“

Die Genfer Verhandlungen.

WB, Genf, 17. Febr. Die außerordentliche schwierige
Abfassung der umfangreichen Vertragstexte für das deutsch-
polnische Abkommen macht gute Fortschritte, da das
Völkerverständnis für die Herstellung des vorgeschriebenen
französischen Wortlautes eine eigene Organisation geschaffen
hat. Sobald genügend Material bereit steht, werden die Be-
vollmächtigten in eine zweite Vollziehung eintreten und zwar
vorausichtlich Anfang nächster Woche. Die deutschen Gewerk-
schaftsvertreter Großmann und Kaiser sind hier eingetroffen.
Die Entkränkung des polnischen Vorsitzenden der 7. Kom-
mission Sozial verzögert die eigentlichen Arbeiten dieses aus
Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen gebildeten
Ausschusses, der sich daher auf vorbereitende Besprechungen
beschränken muß.

WB, Genf, 17. Febr. Der in Abwesenheit Erich Drum-
monds amtierende stellvertretende Generalsekretär des Völkerver-
ständnis Ausschusses gab zu Ehren des Präsidenten Ca-
londer und der deutschen und polnischen Bevollmächtigten ein
Frühstück.

Gestern abend hielten Reichsminister a. D. Schäffer,
Reichsminister a. D. Simon, Staatssekretär Lewald und
Unterstaatssekretär Göppert im hiesigen deutschen Verein
mit großem Beifall aufgenommenen Reden über die ober-
schlesische Frage, in denen die Trauer über den Verlust
von urdeutschem Gebiet aber auch das Vertrauen in eine
bessere Zukunft zum Ausdruck kam. Aus den Kreisen der
deutschen Kolonie hielten Geheimrat Grot und Dr. Fiedler
Ansprachen.

Deutsches Reich.

Eine Stegerwaldrede in Hannover.

DRB, Hannover, 17. Febr. Der frühere preussische Mi-
nisterpräsident Stegerwald hielt gestern in einer Ver-
sammlung des deutschen Gewerkschaftsbundes eine poli-
tische Rede, in der er u. a. ausführte: Eine sozialistische
Klassenherrschaft wie in Sachsen und Braunschweig sei in
Preußen unmöglich. Er halte aber den Grundgedanken: Fort-
haltung der Sozialdemokratie von der Regierung für unent-
behrlich. Der politischen Revolution werden die wirtschaftliche und
die soziale erst nach folgen. Eine Koalition auf brei-
terer Grundlage müsse unbedingt erstrebt werden. Wich-
tig sei ferner die Erhaltung der Einheit des Reiches,
ohne die ein Wiederaufbau des Reiches unmöglich sei. Auch
eine Ansetzung an andere Staaten wie England und Amerika
sei notwendig. Deutschland stehe heute vor 3 Hauptaufgaben,
nämlich Verringerung der Reparationssumme, Ordnung der
Finanzen und Ernährung des deutschen Volkes. Das deutsche Volk
müsse sich klar darüber sein, daß es in den nächsten Jahren
mehr Steuern bezahlen müsse als England und Frankreich. Die
Abfassung des Achtstundentages sei notwendig. Eisenbahn und
Post müßten auf neuer Grundlage aufgebaut, die Produktion im
Inlande gesteigert werden.

Aus dem preussischen Landtag.

WB, Berlin, 17. Febr. Bei der gemeinsamen Beratung
der Unabhängigen und Kommunisten, die im Anschluß an den
letzten Eisenbahnerstreik die Einsetzung des Verfahrens gegen
den Polizeipräsidenten wegen Amtsüberschreitung verlangten,
erklärte der Minister des Innern, daß er für die Re-
gierung jedes Streikrecht der Beamten ablehne. Er betonte die
Notwendigkeit der Techn. Nothilfe und lehnte die Anträge der
Unabhängigen und Kommunisten entschieden ab.

Unterrichts-Konferenz.

□ Berlin, 18. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Heute
findet in Weimar, wie dem „B. L.“ von dort gemeldet wird,
unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schulz vom Reichs-
ministerium des Innern eine Konferenz der Unterrichts-
minister aller Länder statt. Die Konferenz, an welcher
auch die einzelstaatlichen Finanzminister teilnehmen
sollen, wird sich auch mit der Frage der Lehrerbau-
bildung beschäftigen.

Die Verfolgung der Erzbergermörder.

□ Berlin, 18. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Unter
dem Titel „Sühne für Greifbühl“ veröffentlicht Dr. Alfons
Steiger in dem Dresdener Zentrumblatt „Sächsische
Volkszeitung“ eine Schilderung der Verfolgung der Erz-
bergermörder. Er behauptet zunächst, daß da und dort
ausgetauchte Nachrichten, die Strafverfolgung wolle die
Mörder nicht tatsächlich fangen, völlig gegenstandslos seien.
Zunächst hatte der Begleiter Erzbergers der Abg. Diez nur
ein sehr ungenaues Signallement der Mörder geben können.
Dann hatten einige Pressevertreter von der Auffindung eines
von einem der beiden Mörder geschriebenen Zettelchens be-
richtet. Durch Bekanntmachung des Inhalts dieses Zettelchens
sind die Mörder in München gewarnt worden. Anfangs Ok-
tober hörte man von einem Brief der beiden festlichlich Ver-
folgten an den Reichstagsabgeordneten Walle. Er datierte
vom 3. Oktober, ist aber erst am 9. Oktober in Emden auf-
gegeben worden. Es erhebt sich die Frage, warum Herr Walle,
von der Echtheit des Briefes überzeugt, ihn nicht sofort dem
Untersuchungsrichter auslieferte. Die Schilderung er-
wähnt weiter, daß tatsächlich die beiden vor einiger Zeit in
Ungarn gefangen worden sind, die Verfolgung in Ungarn indes
nicht zu einem Ergebnis führte. Man hat den Verdacht, daß
das christliche Ungarn den beiden Strafverfolgten Vorschub
leistete. Dr. Steiger richtete an den Polizeipräsidenten von

Budapest öffentlich die Bitte, sofort zu erklären, daß es un-
richtig sei, wenn man sagt, er habe am den 20. Dezember
1921 herum den beiden Erzbergermörder falsche Pässe aus-
gestellt.

Baden.

Aus dem badischen Landtag.

UL, Karlsruhe, 17. Februar. Zu eingehender Aussprache gab
die Position über die Heil- und Vilegeanhalten im Staats-
parlamentarisch dem Haushaltsausfluß des Landtags Anlaß und zwar
war es die Bezahlungs- und Entlohnungsmethode, die zuerst Gegen-
stand der Aussprache war. Die schon früher erörterte Bezahlungs-
und Entlohnungsmethode, nach Tacis oder nach der Befoldungs-
rechnung, hat dadurch Erledigung gefunden, daß die Mehrzahl der Mit-
glieder als Beamte angestellt ist. Nur 10 männliche und 249 weibliche
Pfleger werden noch nach dem Tabellarisch bezahlt. Die Arbeitszeit ist
in einer neuen Regelung begriffen, da man die Pfleger Arbeits-
schaft bezw. ihre Anrechnung noch zu erwägen hat. Das Budget
und das Kassenpersonal hat 54 Stunden pro Woche Dienst, die Zu-
wächter 48 Stunden. In Bayern und Sachsen sind hierfür 60 und in
Württemberg 62 Stunden angelegt. Versprochen wurde dann noch
die Einweisung der Musik auf die Kranken, die Sorge für das
Personal und die Kranken, die Pflegerkassen in den verschiedenen
Anstalten. Mitgeteilt wurde, daß die Zunahme der Gefesseltrennen
durch sehr stärkeren Alkoholgenuß und durch Gefesseltrennen
hervorgehoben ist. Die Neubauten in der Heilanstalt Karlsruh
zeigen, daß die Sanftkosten 2000 Proz. mehr wie im Frieden betragen.

Sobann wurde das Landwirtschaftsbudget behandelt.
Über die Bildung einer eigenen Ministerialabteilung für die Land-
wirtschaft liegen Anträge der Deutschnationalen Volkspartei und des
Zentrums vor, die vorläufig noch nicht beraten werden sollen, die die
Regierung eine Denkschrift über diese Fragen dem Landtag vorgelegt
hat. Zur längeren Debatte gab der Staatsrat Anlaß die Landwirt-
schaftskammer zu den ihr auf dem Gebiete des Tabakbaues er-
wachsenden Aufwendungen Anlaß. Es wurde bemerkt, ob es sich
bei dem Kosten von 125 000 M lediglich um ein Forschungsinstitut
für den Tabakbau handelte; die Landwirtschaftskammer habe bereits
die Gründung einer Tabakfabrik im Auge. Auch auf die vorläufige
Bildung einer großen Einlaufsorganisation in Mittelbaden wurde
hingewiesen. Weiter wurde erklärt, der seinerzeit im Auftrag des
Landtags von dem früheren Abgeordneten Dr. Kiefer erstattete Be-
richt über das Geschäftsgedanken der Landwirtschaftskammer sei
objektiv und zureichend gewesen. Sodann wurde darauf hingewiesen,
daß es sich bei dem neuen Projekt der Landwirtschaftskammer um
das Stadium der besseren Vermutung des Tabakbaues handele. Die
Landwirtschaftskammer habe auch ihr Be-
amtenpersonal von 200 auf 100 Personen verringert. Für den Tabak-
bau sei der Boden in Baden der geeignetste. Der Minister des In-
nern betonte, er werde zu Unrecht von Organen der Landwirte an-
gegriffen. Die Regierung habe kein Mißtrauen gegen die Land-
wirtschaftskammer, aber sie müsse sich das Recht genauer Kontrolle
der Verwendung von Staatsmitteln vorbehalten. Sodann wurden
550 000 M zur Pflege der Landwirtschaft und 450 000 M Staats-
zuschuß an die Landwirtschaftskammer genehmigt.

UL, Karlsruhe, 17. Febr. Im Landtag hat der deutschna-
tional. Abg. Schneider eine kurze Anfrage eingebracht, in der
gefragt wird, ob es richtig sei, daß vor kurzer Zeit bei der
Wahl in Mannheim von einem dortigen Händler etwa 50 Postkarten
an französische und englische Firmen aufgestellt wurden, auf
denen größere Mengen Kartoffeln zum Kauf angeboten
wurden. Das Postpersonal habe die Postkarten angehalten und der
Staatsanwaltschaft übermitteln, die jedoch erklärt habe,
eine Veranlassung zum Einschreiten liege nicht
vor, da durch den Verkauf von einigen Zentnern Kartoffeln an
das Ausland eine Gefährdung der Nahrungsmittelversorgung der
Stadt Mannheim nicht zu befürchten sei.

Eisenbahnerstreik und Landwirtschaft.

Das „Sächsisch-landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt“, das
Organ des Verbandes sächsischer landwirtschaftlicher Genossenschaften
schreibt in seiner neuen Nummer unter anderem: In den ersten
Februartagen trat neuerdings eine Preiserschöpfung für
Stärke- und Stärkegemittel ein. Das Alko (Schwefelkohlen-
sauerstoff) Ammoniak, das bisher 25.80 M. kostete, muß künftig mit 29.80 M.
bezahlt werden, Natronsalpater kostet statt bisher 31.20 M. nun
mehr 36 M., Kaliumsalpater statt bisher 25.90 M. jetzt
29.80 M., Kaliumstickstoff künftig 26.50 M. statt bisher 23 M.
Die Zuschläge betragen durchschnittlich für eine Wagenladung von 10
Tonnen 6—8000 M. Den Fabrikanten wäre es zweifellos gelungen,
vor der Preiserschöpfung eine ganze Reihe von Aufträgen zu
erheben und die Düngeindustrie der Landwirtschaft nach zum alten
Preise zuzuführen. Infolge des Eisenbahnerstreikes
ist dies aber nicht mehr möglich gewesen; unsere Mitglieder werden
dadurch um Hunderttausende von Mark geschädigt. Gerade aber
diesem Streik, die an dieser Schädigung der Landwirtschaft die
Schuld tragen, verlangen immer wieder Abbau der Preise für
landwirtschaftliche Erzeugnisse. Eine Preiserschöpfung
steht ebenfalls in Aussicht. Die gesamte Durchführung des Dünge-
mittelgeschäftes, wie auch des Saatgutvertriebes
wurde durch den Streik total behindert und verzögert.

Bayern und die Pfalz.

Die Koalitionsfrage in Bayern.

DRB, München, 17. Febr. Wie wir zuverlässig erfah-
ren, sind die Verhandlungen in der Koalitionsfrage
in Bayern noch keineswegs soweit abgeklärt, daß mit einem
Abschluß gerechnet werden könnte. Im Gegenteil will es
nach Mitteilungen interessierter Kreise erscheinen, als ob die
Koalitionsverhandlungen in größere Ferne hinausgerückt sei.
Aus Kreisen der heutigen Regierungskoalition wird be-
sonders an den verschiedenen Pressevertrüben über diese
Frage bemerkt, daß darin zum Ausdruck kam, es handele
sich um die Schaffung der bürgerlichen Einheits-
front, also einer Kampffront gegen die Sozialdemokraten.
Diese Absicht, eine Kampffront zu errichten, ist, wie uns ver-
sichert wird, bei keiner der drei jetzigen Koalitionsparteien
vorhanden. Es wird außerdem in Koalitionskreisen betont,
daß der ruhige Gang der Staatsführung seit Bestehen der
neuen kleineren Koalition und die gute Entwicklung der Be-
ziehungen zwischen Bayern und dem Reich unbefriedigend
der Wahrung der bayerischen Interessen den besten Beweis
dafür erbringt, daß die kleine Koalition sehr wohl instand
sei, die Staatsgeschäfte reibungslos weiterzuführen.

Zur Koalitionsbildung selbst wird uns zuver-
lässig mitgeteilt, daß sie über die Anfänge der Berührung
der Frage, ob eine Revision des alten Koalitionsprogramms
notwendig sein werde oder nicht, noch nicht hinausgekommen
ist. Bisher liegt lediglich ein Vorschlag für ein neues
Koalitionsprogramm seitens der Bayerischen Volk-
partei vor, das von den anderen Koalitionsparteien noch
nicht durchberaten worden ist. Zusammenfassend ist zu
nehmen, daß in der Koalitionsfrage in Bayern eine Entschien-
dung in nächster Zeit noch nicht zu erwarten ist.

Letzte Meldungen.

WB, Paris, 17. Febr. Der politische Redakteur der „Aurore“
agentur meldet: Lord Curzon hat dem Minister des Auswärtigen
Poincaré mitgeteilt, er habe den Wunsch, mit ihm in Paris zur
Besprechung der Frage des Friedens im Orient zusammen-
zukommen, sobald die ministerielle Lage in Italien es dem Ita-
lienischen Minister des Auswärtigen erlaube, an dieser Beratung teil-
zunehmen.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Freitag den 17. Februar 1922.

Erledigung von 15 Vorlagen in 2 Stunden.

Der Bürgerausschuß erledigte gestern streng geschäftsordnungs- mäßig die 15 Punkte umfassende Tagesordnung in reichlich zwei Stunden. Bereits um 1/2 11 Uhr konnte der Herr Oberbürgermeister die Stadträte entlassen. Mit Ausnahme von zwei Vorlagen, gegen die lediglich Herr Dr. Sickingler stimmte, wurden sämtliche Stadt- ratbeschlüsse einstimmig genehmigt. Nur einmal versuchte ein Linksradikaler vom Gegenstand der Tagesordnung durch eine An- frage abzuschweifen. Er wurde unter Mithilfe der Versammlung vom Vorsitzenden auf diesen Verstoß gegen die Geschäftsordnung aufmerksam gemacht und erhielt überdies nicht einmal eine Antwort. Bei der Besprechung der Vorlage, durch die 325 000 M. zur Unter- stützung von Rentenempfängern der Invaliden- und der Ange- stelltenversicherung bewilligt wurden, wies Herr Oberbürgermeister darauf hin, daß es eine der vielen un- möglichen Hürden ist, den Gemeinden auch noch die Verwaltungskosten für diese Unterstützungszahlung aufzubürden. Er vertrat den Stand- punkt, daß man hiergegen in Berlin protestieren müßte. So be- zweifelt man diesen Protest finden wird, so sehr wird man bezwei- feln, daß er Erfolg haben wird. Solange die Tendenz vorherrscht, den Gemeinden Aufgaben zuzuwenden, für deren Finanzierung in so- wieweit Umfange Staat und Reich aufkommen hätten, solange wird in dem Verhältnisverhältnis der Gemeinden keine wesentliche Ver- besserung eintreten.

Vor der Genehmigung von 1,4 Millionen Mark zur Erbauung des letzten Stückes der Straßenbahnlinie nach Sandhofen konnte Herr Bürgermeister Ritter die die Sandhöfer be- zügliche Erklärung abgeben, daß der Betrieb jedenfalls in zwei Monaten aufgenommen werden kann. Weniger erfreulich lang die Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters, daß demnächst wieder mit einer Fahrpreiserhöhung zu rechnen ist. Eine kleine Opposition regte sich gegen die Ausgabe von 8,8 Mill. Mark für die Durchführung der Redarpromenade bis zur Friedrichsbrücke. Andererseits blieb es nicht ohne Eindruck, daß der Herr Oberbürgermeister auf die nicht wiederkehrende gün- stigen Gelegenheit hinwies, das zur Auffüllung notwendige Material zum Bau des Redarkanals zu erhalten. Städtebaulich wird die Verbindung mit der Durchführung der Redarpromenade zweifellos ge- winnen, ganz abgesehen davon, daß wertvolle Bauspässe gewonnen werden. Herr Dr. Kuper machte in dieser Beziehung einige An- merkungen, die einen weiten Blick in die Zukunft verrieten. Auch Herr Zimmermann hatte nicht ganz unrecht, wenn er meinte, man würde den gleichen Schilddrüsenkreuz wie i. J. bei der Abste- hung des Bantens durchbruch begeben, wenn man die zur Be- deutung stehende Vorlage lediglich unter dem Gesichtswinkel der Sparmaßnahme beurteilen wollte.

Der verdienstvolle Leiter unseres Volksschulwesens, Herr Dr. Sickingler, war der einzige, der gegen diese Vorlage und die nötige Wiederherstellung des linksseitigen Redar- kanals, stimmte. Er hatte für seinen ablehnenden Stand- punkt vor allem bei der letzten Vorlage seinen guten Grund: nach der Erklärung des Herrn Stadtdirektors Eisenlohr, daß das Ver- lände nicht höher gelegt werden darf, ist damit zu rechnen, daß die 500 000 M. umsonst ausgegeben werden. Die nächste größere Lebensversicherung wird das Gelände zweifellos wieder in seinen jetzigen Zustand versetzen. Man wird sich damit begnügen müssen, das Gelände in der Hauptsache den — Strandbaddeluchern zu über- lassen. Aber dazu bedarf es keiner Aufwendung von mehr als einer halben Million. Sch.

Sitzungsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Kuper eröffnet die Sitzung um 8,40 Uhr. Anwesend sind 79 Stadtratsmitglieder. Es wird zunächst folgende

Kleine Anfrage

der U.S.P. beantwortet: Wie weit sind die Vorarbeiten zu dem Sieg über den Bahnübergang bei der Firma Brown, Boerri u. Cie. gediehen resp. wann soll mit dem Bau derselben begonnen werden? Das Bedürfnis eines solchen wurde anlässlich einer Besichtigung durch eine Kommission Ende Oktober, bei der auch ein Regierungsvertreter teilnahm, anerkannt. Wir bitten die Vorlage in der am Freitag, den 17. Februar 1922 statt- findenden Bürgerausschusssitzung zu beantworten.

Der Stadtrat erteilt hierauf folgende Antwort: Die Vorarbeiten für einen neuen Sieg über die Reichs- eisenbahn bei der Firma Brown, Boerri u. Cie. sind beendet. Der Voranschlag schließt mit einem neuen Kostenaufwand von 450 000 M. ab. Da der Sieg in der Hauptsache der Arbeiter- schicht der Firma Brown, Boerri u. Cie. von Nutzen ist — die anderen in der Nähe gelegenen Betriebe kommen weniger in Frage — so wurde die Firma ersucht, einen Beitrag zu leisten. Hierzu hat sie jedoch bis jetzt keine Stellung genommen. Die Eisenbahnverwaltung hat keine Beteiligung an den Kosten abgelehnt.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Kreditübertragung.

Der Stadtrat hat beschlossen, im Teilvoranschlag XXXIII für 1921 von dem Kredit D.3. 2 „Allgemeine Kredite“ den Betrag von 500 000 Mark abzugeben und nach D.3. 1 „Ansoberg-Leibens- u. übertragbar, da die nach Beschluß der städt. Kollegien aus der allgemeinen Kreditlage zur Befreiung unvorhergesehener Ausgaben bereitgestellten Mittel in Höhe von 250 000 Mark aufgebraucht sind.

Sto. B. Jhrig begründet die Vorlage, welche ohne Debatte einstimmig angenommen wird.

Übernahme der staatlichen Sammlungen im Mannheimer Schloß in städtische Verwaltung.

Sto. B. Jhrig bittet um die Zustimmung zu diesem Antrag. Sto. Dr. Koesel (Ztr.) empfiehlt, daß für die städtische Ver- waltung andere Räume geschaffen werden. Stadtr. Schaeel (Dem.) stimmt im Namen seiner Fraktion dem Antrag zu. Sto. Kraft (Soz.) wünscht, daß nicht nur Sonntags, sondern auch nach des Tages Arbeit die Sammlungen allen Schichten der Bevölkerung zugänglich sind, und stimmt der Vorlage trotz wirtschaftlicher Be- denken der Stadt zu. Die Vorlage wird sodann einstimmig an- genommen.

Erstellung weiterer planmäßiger Lehrstellen an höheren Lehr- anstalten.

Stadtratsbeschluss: Der Erziehung der nachge- nannten weiteren planmäßigen Lehrstellen durch Umwandlung von nichtplanmäßigen Stellen wird zugestimmt: Oberrealschule 2 Professorestellen, Elisabethschule 2 Professorestellen, Vestingehule 2 Lehrkräfte. Die für diese Stellen erforderlichen Wirtschafts- bedarfsbeschlüsse sind in den Gemeindevoranschlag eingestellt. Dieser durch erreicht werden soll, daß sich unter je 8 wissenschaftlich ge- hehrten Lehrern nur je ein Beamtensprekariat befindet. Aus Mehrzahlungen nicht entstehen, weil die Praktikanten bei der Ueber- tragung von Professorestellen in der Regel schon in den Normal- besoldungsstufen für Professorestellen eingestuft sind.

Sto. B. Jhrig begründet die Vorlage und empfiehlt deren Annahme. Die Vorlage wird darauf einstimmig angenommen.

Erhöhung des Personalstandes der Berufsfeuerwehr. Stadtratsbeschluss: Der Personalstand der Berufs- feuerwehr wird, wie in der Anlage ersichtlich, ab 1. April 1922

durch Schaffung von 26 weiteren Gemeinbedienststellen, die einen Jahresaufwand von 614 000 Mark erfordern, vermehrt.

Sto. B. Fuhs begründet die Vorlage. Sto. Voegtle (Dem.) drückt die Zustimmung seiner Fraktion aus, wünscht aber, daß die Feuerversicherungen zu den Kosten der Feuerwehr heran- gezogen werden. Die letzten Schlauchlieferungen seien durchweg noch auswärts gegeben worden. Der Redner wünscht in solchen Fäl- len Berücksichtigung des hiesigen Gewerbes und Handels. Oberver- waltungsrat Zeller teilt mit, daß bei der Regierung der Antrag gestellt worden ist, die Versicherungen in höherem Maße zu den Kosten der Feuerwehr heranzuziehen als bisher. Sämtliche Schlauchlieferungen seien nicht nach auswärts gegeben worden. Die Vorlage wird einstimmig angenom- men.

Erhöhung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit.

Stadtratsbeschluss: Bei Berechnung der ruhegehalts- fähigen Dienstzeit nach den Bestimmungen des Beamtenstatus wird zu der während des Zeitraums vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 wirklich abgeleisteten Dienstzeit, sofern sie min- destens 6 Monate betragen hat, die Hälfte hinzugerechnet. Unter den gleichen Voraussetzungen kann den Beamten die nach § 33 des Beamtenstatus anrechnungsfähige Dienstzeit bei einer anderen Behörde einhalb so angerechnet werden, sofern die 1/2fache An- rechnung auch beim Verbleiben im Dienste dieser Behörde gewährt worden wäre. Die erhöhte Anrechnung erstreckt sich nicht auf die in solche Kalenderjahre fallende Dienstzeit, die dem Beamten als Kriegsteilnehmer oder infolge anderer Bestimmungen doppelt an- gerechnet werden. Diese Bestimmungen gelten mit Wirkung vom 1. August 1914. Rückzahlungen für die Zeit vor dem 1. April 1920 finden nicht statt. Die Bestimmungen unter 1 gelten sinngemäß für die Bemessung der der Berechnung der Ruhe- und Hinterbliebenen- verpflegung der städtischen Arbeiter zugrunde zu legenden Dienstzeit.

Sto. B. Fuhs begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme. Einstimmig angenommen.

Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Zur Durchführung des Reichsgesetzes über Notstandmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Ange- stelltenversicherung werden für das Rechnungsjahr 1921 325 000 M. aus der allgemeinen Kreditlage zur Verfügung gestellt. Da diese Lei- tung der Gemeinde eine gelegentliche Pflicht ist, handelt es sich bei der Bereitstellung der Mittel nur um die Schaffung des erforder- lichen Betrages und um die Deckung des letzteren. Es werden unge- fähr 2000 berechnete Rentenempfänger angenommen. In Zukunft wird dieser Bedarf in den Haushaltsplan eingestellt werden.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt. Bezüg- lich der Kleinrentner wird dem Bürgerausschuß in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Oberbürgermeister Dr. Kuper betont, daß es eigentlich Pflicht des Reiches sei, sämtliche Verwaltungskosten zu tragen. Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Sto. B. Seizinger betont, daß eine schnelle Hilfe für die Rentenempfänger notwendig ist und empfiehlt die Annahme. Sto. Scherer (Komm.) bittet den Stadtrat, unbedingt den Sozialren- tner das ihnen zugehörende Geld zuzulassen. Sto. Kiger (Soz.) wünscht auch, daß die Auszahlung auf raschestem Wege vor- sich geht und bittet die Verwaltung, daß bei der Auszahlung des Ge- ldes nicht engherzig verfahren wird. Er stimmt der Vorlage zu. Sto. Frauhauser (Dem.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu, ob- wohl sich ihre Fraktion bewußt ist, daß auch diese Sätze noch sehr unzulänglich sind. Sto. Eberhard (U.S.P.) weist auf die große Not der Sozialrentner hin und wünscht, daß die gelegentlichen Unter- stützungssätze der Invaliden- und Angestelltenversicherung möglichst bald einer Revision unterzogen werden. Sto. Schenk (Ztr.) be- grüßt die Vorlage und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Stadtrat Böttger bemerkt, daß die Stadterwaltung mit dieser Vorlage allen anderen Stadien, sogar den Anträgen der Sozialrentner selbst, vorangeht. Eine Anzahl Unterstützungsanträge würden in den nächsten Tagen durch Auszahlung der Sätze erledigt

Städtische Nachrichten.

Rechtsmittel gegen Steuerbescheide.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In den Einkommensteuerbescheiden, die in der letzten Zeit von den Finanzämtern (Steuerkommissionen) hinausgegeben worden sind oder jetzt noch hinausgegeben werden, ist für die Fälle, in denen eine Schätzung des Einkommens durch Verschulden des Steuerpflichtigen notwendig geworden ist, als Rechtsmittel gegen die Höhe der Schätzung nur die Beschwerde an das Landesfinanzamt bezeichnet. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß insoweit, aber auch nur insoweit das ordentliche Rechtsmittelfahren (Einspruch, Berufung und Rechtsbeschwerde) ausgeschlossen ist. Am übrigen sind auch in den genannten Fällen und insbesondere auch hinsichtlich der Zuständigkeit der Schätzung die ordentlichen Rechtsmittel, in der ersten Instanz also der Einspruch gegeben. Stets nur mit der Berufungsbefugnis sind die Festsetzung der Bemessungsbasis auf die künftige Einkommensteuerschuld und die Steuerzuschläge.

Ueber den Einspruch gegen den Steuerbescheid entscheidet das Finanzamt, während über die Beschwerde das Landesfinanzamt zu entscheiden hat, wenn ihr nicht durch das Finanzamt abgeholfen wird. Die beiden Rechtsmittel sind bei dem Finanzamt, gegen dessen Steuerbescheid sie sich richten, anzubringen, der Einspruch, weil über ihn das Finanzamt zu entscheiden hat, die Beschwerde, weil ihr das Finanzamt abhelfen kann und sich in diesem Fall das Landesfinanzamt nicht mit ihr zu befassen hat. Wird also der Einspruch nach dem Antrag des Steuerpflichtigen verabschiedet, oder gibt das Finanzamt einer Beschwerde von sich aus statt, so braucht das Landesfinanzamt von beiden keine Kenntnis zu erlangen.

Deshalb in den Steuerbescheiden klar zum Ausdruck kommt, daß der Einspruch und die Beschwerde bei dem zuständigen Finanzamt einzubringen sind, werden sie doch von vielen Steuerpflichtigen an das Landesfinanzamt gerichtet, abgesehen davon, daß ein solches Verfahren den Vorschriften nicht entspricht, verursacht es nur unnötige Kosten und Arbeit. Das Landesfinanzamt wird die irreführende bei ihm eingereichten Einspruchs- und Beschwerdeschriften alsbald an die zuständigen Finanzämter übermitteln, doch können die Abgabepflichtigen oder ihre Vertreter künftighin nicht mehr hierwegen besonders verständigt werden.

Nicht allein Einspruchs- und Beschwerdeschriften werden beim Landesfinanzamt von den Abgabepflichtigen eingereicht, sondern es gehen ihm auch Nachweise über bezogene Arbeitslöhne, Zuschläge über den Steuerabzug und Schriftstücke ähnlichen Inhalts zu, die es nur an die Finanzämter weitergeben kann. Dem Landesfinanzamt fehlen zur Festlegung und Beantragung solcher Nachweise die erforderlichen Unterlagen. Die Rückzahlung zumiel bezieht über abgegebener Steuern hängt sich auf diese Weise nur unnötig weiter hinaus. Es empfiehlt sich deshalb, auch solche Nachweise grundsätzlich nur bei den Finanzämtern anzubringen.

Der neue Brotpreis.

Vom Städtischen Nachrichtenamt erhalten wir folgende Zuschrift:

Warum hat der Stadtrat den Brotpreis auf M 10.40 festgesetzt, während doch nach den Richtlinien des Ministeriums des Innern der Kleinverkaufspreis für den 3 Pfund-Loib M 10.10 nicht überschritten werden darf, und warum ist der neue Preis schon um 16. ds. Mts. in Kraft getreten, während doch das Ministerium sagt, daß die erhöhten Verkaufspreise der Reichsbrotbäckerei erst am 18. Februar an in Rechnung gestellt werden? — So wird in den hiesigen Zeitungen gefragt. Hierauf ist zu erwidern:

1. Der Beschluß des Stadtrats über den neuen Brotpreis wurde in der Sitzung vom 9. Februar gefaßt. Die Veröffentlichung mußte den Zeitungen am 14. Februar zugewendet werden, weil die Preisänderung nach der bis dahin ergangenen Befehlung der Reichsregierung am 16. Februar einzutreten hatte. Die Mitteilung der „Karlsruher Zeitung“ ist erst in der am 16. Februar früh hier ausgegebenen Nummer vom 16. Februar erschienen. Die in dieser Zeitung erwähnten Richtlinien des Ministeriums des Innern sind dem Kommunalverband Mannheim-Stadt erst am 17. Februar zugewandt; auf Grund dieser Richtlinien, die mit Zustimmung des Ministeriums eine Übersetzung des Höchstpreises gestattet, wird weiteres Besuchen mit dem Ministerium erfolgen.

2. Das Rundschreiben der Reichsbrotbäckerei, wonach die Preisänderung erst ab 19. Februar erfolgt, traf hier erst am 15. Februar, also zu spät, ein.

Bei dieser Gelegenheit wird zur Beseitigung aufgetretener Mißverständnisse bemerkt, daß die von der Bäckerinnung veröffentlichten Preise sich auf das markentreie Brot beziehen, während es sich bei den Preisen des Kommunalverbands um Markenbrot handelt. Die Berechtigung der Erhöhung der Preise für markentreies Brot wird jetzt vom Preisprüfungsamt geprüft.

Veranstaltungen.

Deutschnationale Volkspartei. Am morgigen Sonntag findet in der Harmonie eine Familienunterhaltung der Deutschnationalen Volkspartei statt, wozu Mitglieder und Freunde der Partei herzlich eingeladen sind. Es wird eine reichhaltige Vortragsfolge geboten mit Teepause und Verlosung. (Weiteres Anzeigenamt.)

Denkwürdige Molière-Aufführungen in Mannheim.

Von Wilhelm Widmann.

Jean Baptiste Poquelin genannt Molière, der große französische Lustspielautor, dessen Geburtsort sich am 15. Januar zum 300. Male jährt, erfreut sich von Alters her auch in Deutschland hoher Verehrung und sorgloser Pflege. Mehrere seiner Hauptwerke haben sich trotz aller Wandlungen des Geschmacks, trotz allen politischen Hasers und aller sozialen Unwägungen auch bei uns erfolgreich auf dem Spielplan behauptet und werden von Zeit zu Zeit noch immer gerne gesehen.

In Mannheim wurden Molière's Lustspiele und satirischen Stoffen zuerst im Krieg aufgeführt und zwar anfangs der 1730er Jahre durch französische Komödianten, die Kurfürst Karl Philipp an seinen Hof berief. Unter Kurfürst Karl Theodor standen fast drei Jahrzehnte lang französische Schauspieltruppen im Dienst des Hofes, erst 1770 wurde das französische Personal, das anfangs im Saale des Kaufhauses und von 1745 ab in einem zum Theater eingerichteten Saale des linken Schloßflügels spielte, entlassen. Aus einer nach vorbandenen Liste von Stücken, um deren Aufführungsgenehmigung bei der Hofbehörde nachgesucht wurde, geht hervor, daß die französische Truppe im Jahre 1742 folgende Molière-Stücke auf ihrem Spielplan hatte: „L'Avare“, „Le misanthrope“, „L'Étourdi“, „Le festin de pierre“ („Don Juan“), „Les femmes savantes“, „Le bourgeois gentilhomme“, „Amphitryon“, „George Dandin“, „Pourceaugnac“, „Les précieuses ridicules“, „Le flûteur“, „Le malade imaginaire“, „L'école des maris“ und „Le médecin malgré lui“. Die französischen Vorstellungen, die abends halb 8 Uhr ihren Anfang nahmen, waren nicht öffentlich; nur die Hofgesellschaft und geladene Gäste aus den höheren Kreisen der Beamten- und Bürgerschaft hatten Zutritt.

Von Zeit zu Zeit fanden sich aber auch deutsche Wandertropfen ein, die in Schaubuden auf dem Markt oder im Rentamtslokal sogenannte „Staatssationen“, Stegreifpossen und auch deutsche Bearbeitungen Molière'scher Lustspiele öffentlich vorführten, so in den 1730er Jahren der Theaterregisseur Franz Schuch mit seiner Wandtruppe und in den 1760er Jahren die Theaterunternehmer Arnold Heinrich Borch, Johann Tillig, Josef Felix Kurz und J. S. Sebastiani. Der letztere, der zwischen 1764 und 71 des öfteren mit einer größeren, aus geschulten Truppe, bald im Kaufhaus, bald im Hirschkeller, bald im Schwarzen Kamin oder in großer Holzbohle auf dem Markt spielte, erfreute sich der Gunst des Kurfürsten, der ihn den Titel „Leutscher

Hanns Heinz Ewers wird am morgigen Sonntag zum ersten Male in Mannheim in einem öffentlichen Kreise sprechen. Das Thema, das er sich zu diesem Vortrag gewählt, lautet: „Gott, Freiheit, Religion“.

Für den Offenbach-Operetten-Abend, der am morgigen Sonntag im Rabelungensaal stattfindet, ist das „Mädchen von Ellyondo“ durch Herrn Wolff neu inskribiert worden. Wolff spielt zugleich die Rolle des Krotzold-Gastwirts Vertigo, eines Laubfahrs, dessen Verwandtschaft mit dem Barbier Figaro der Komponist Offenbach dadurch andeutet, daß er in Vertigo's Factotum-Arie plötzlich in Rossini's Figaro-Arie überleitet. Derselbe Einakter folgt unter der Regie Puschners und mit Hugo Wolff in der Rolle des Groß-Senechals die Parodie „Die Insel Tullipatan“. Musikalische Leitung des Abends: Karl Eberts.

Table with 2 columns: National-Theaters and Neues Theater. Rows include dates (19. S., 20. M., 21. D., etc.) and play titles (Götterdämmerung, Des Esels Schatten, etc.).

Aus dem Lande.

Weinheim, 18. Febr. Wegen der bevorstehenden Umgestaltung der hiesigen Töchterchule fand am Sonntag die hiesigen Freuenorganisationen gestern abend unter Vorsitz von Kirchengrat Däublin eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt. Das Referat erzielte der Vorstand des Vereins für höheres Mädchenschulwesen, Direktor Julius Busch von der Elisabethschule in Mannheim. Bei der Frage, ob Aufstellung oder Ausbau, solle Weinheim sich den Bestrebungen zur Verwirklichung der Mädchenbildung anschließen. Uns Deutschen bliebe nichts übrig, als der Bestreb der geistigen Werte und an ihnen festzuhalten, sei unsere vornehmste Aufgabe. Der Vortrag fand allgemeines Beifall.

Stellingen, 17. Februar. Bei einer Kontrolle der Schuppenbrennereien wurden Stoffe vorgefunden und beschlagnahmt, die zu Brennmaterial nicht freigegeben sind. Einige Brennereien wurden geschlossen und der Schnaps beschlagnahmt. Bei zwei Eisenbahnstationen in Reich wurde Herrschaft vorgefunden und dabei eine Postkutsche, sowie ein Armeerevolver mit Blei und Munition beschlagnahmt.

Bierheim, 18. Febr. Vor zwölf Jahren erhielt der Werführer Karl Adler aus Erbenberg anlässlich der großen Aussparung in der Vorheimer Schmelzwarenindustrie einen so wichtigen Schlag auf den Kopf, daß er mehrere Tage bewußtlos und längere Zeit hindurch arbeitsunfähig war. Als mutmaßlicher Täter wurde damals der Ratier Karl Schwarz in Untersuchungshaft genommen, doch mußte er nach sechs Wochen wegen Mangels an Beweisen freigelassen werden. Jetzt hat der Ringmacher Alb. Gäßel aus Erbenberg eingeklagt, damals den verhängnisvollen Schlag gegen Adler geführt zu haben.

Söllingen, 17. Febr. In Wallbach sind die Dekonomiegebäude des Sandgrubenbesizers Wilhelm Thoman und der größte Teil des Wohnhauses durch Feuer zerstört worden.

Nachbargebiete.

Hessische Auswanderer.

Darmstadt, 14. Febr. Die Zahl der Anfragen Auswanderungslustiger aus Hessen und Hessen-Nassau an das Reichsausswanderungsamt in Frankfurt a. M. im Jahre 1921 betrug 3780. Die Zahl der Auswanderer liegt von Quartal zu Quartal. Während sie im ersten Quartal 830 betrug, stieg sie im zweiten Quartal auf 885, erreichte ihren Höhepunkt im dritten Quartal mit 1170 und senkte sich im vierten Quartal auf 945. Soweit festgestellt werden konnte, sind von den Auswanderern insgesamt 611 tatsächlich ausgewandert, darunter 228 nach Übersee. Ausgerollentlich bemerkenswert ist die Auswanderung von Hausangehörigen. Im ersten Quartal wanderten 13, im zweiten Quartal 22, im dritten Quartal 115 und im vierten Quartal 180 aus. Ein großer Teil der Hausangehörigen nimmt Stellung in Holland an. Durch verlockende Lohnangebote in deutscher Wirt werden hauptsächlich Dienstmädchen verführt, in Holland Stellung zu nehmen. Bei der ersten Lohnzahlung wird natürlich in Gulden bezahlt, was bei den gegenwärtigen Devalutaverhältnissen ein so geringer Lohn ist, daß die Heringsfamilien unmöglich dabei bestehen können, ihren Dienst quittieren und dann mittellos und hilflos sich in fremden Ländern befinden, bis sie unter großen Schwierigkeiten und Aufopferung ihrer letzten Habe wieder nach Deutschland zurückkommen. Trotz des sachkundigen Rates, der den Auswanderungslustigen vom Reichsausswanderungsamt wird, lassen sich leider viele nicht abhalten, ihr Glück im Auslande zu versuchen.

Worms, 14. Febr. Während in anderen Siedeln die Kriegswirtschaft von Millionenbesitzigen begleitet war, hat

die Stadt Worms einen Gesamtüberschuß von 2 Millionen Mark zu verzeichnen.

Sp. Pfungst, 14. Febr. Unter dem Verdacht der Rindbestäubung wurde das 21jährige Dienstmädchen Grete Müller verhaftet. Das Mädchen hatte heimlich geboren, verdeckt dem Rind Kopf und Hals mit einem Strumpfe und legte er in ihren Koffer. Der Dienstherr, der ein Kleidergeschäft von sich in dem Koffer vermutete, fand darin die Kindesleiche. — Die Junge abgegriffen wurde dem 10jährigen Sohne des Tagelöhners Heinrich Leichter in Heselbrücken. Der Junge hatte bei der Starren Kälte an einer Eisenstange geleckt und blieb ihm die Zunge am Eisen kleben. Als die Mutter, die glaubte, der Junge habe sich gestreckt, ihn an sich zog, riß die halbe Junge ab.

Gerichtszeitung.

Mannheimer Strafkammer.

Genossenschaft mit seinem Bruder, der schon abgerichtet ist, hat der 29 Jahre alte Schlosser Emil Dewald am 6. Mai vor Jrs. im Saal D 4, 18 den Scheitelschlag des Kaufmanns Rudolf Herman erschossen und daraus 28 000 Mark in ihrem Gebe entnommen. 21 000 Mark, die Emil Dewald hinter dem Hengstfeld seines väterlichen Hauses vergraben hatte, bekam der Beschäftigte wieder zurück. Emil Dewald, der schon 18 Monate Gefängnis wegen Diebstahls hinter sich hat und auch bei diesem Verbrechen der Anführer war, wurde zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.

Auf dreizehn Art verurteilt am 28. November vor Jrs. in einer Urteilschicht der Arbeiter Christian Seeger und Karl Rügler einen Verbandsbesitzer um ein Patent. Der Patentbesitzer hatte in dem Patente, in dem sich die Wirtschaft befindet, ein Patent an Benjamin Braun zu schreiben und fragte in der Wirtschaft nach, ob der Adressat da wohne. Seeger rief ihm dann nach, es sei niemand oben, aber der Sohn Braun sei in der Wirtschaft, wobei er auf den Jemanden Alfred B. deutete, der als Seeger und Rügler sich des Patents, riefen es auf und verteilten des Inhabers, Rüge, Rüge und Rüge mit einem Gesamtwert von 200 Mark, unter sich. Die beiden wurden heute zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. B. hat mit dem Namen des Inhabers quitiert hatte, war unangenehm, wurde aber freigesprochen, da man ihm glaubt, daß er beschlichtet habe, das Patent an seinen Bekannten abzugeben. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Gieseler.

Wegen groben Ungehorsams hatte sich der Kaufmann Seltsch eine Geldstrafe von 50 Mark zugezogen. Eine Nachbarin und andere Leute hatten Kengens an dem mit dem Gebe, das es auch zur Kasse vollbracht habe. Er legte Berufung ein und führte die Anzeige der Nachbarin auf Unfähigkeit zurück. Der Bund solle nur, wenn er gerügt werde, aufgrund des Scheitelschlags am das Gericht zu einer Urteilschicht der Berufung, da sich gezeigt habe, daß sich der Bund bei entsprechenden Eingriffen auch ruhig verhalten könnte. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Eber.

Einbrecher hatten in der Nacht vom 6. zum 7. November 1920 aus dem Mannheimer Geschäfte an den Planken 21 Folge, 1 Bergmann und 2 Helfer im Gesamtvermögen von etwa 50 000 Mark. Einer der beiden Einbrecher Adolf Dauenhauser, ist schon abgerichtet. Sein Teilhaber war der Bekleidungsbesitzer Edmund Friele, der wohl seine Frau, die eine Bergmannin und Anderes als Geiselin von ihm angenommen hat, sich im Bergmanns hatte. Gesellschaft leitete ihnen der Tagelöhner Jakob Dauenhauser als Kasse, der von Friele durch die Drohung des gegen ihn wegen des Diebstahls Anzeige erhoben wurde, eine Summe Geldes erpreßt hat. Friele wurde zu 1 Jahre, Dauenhauser zu 9 Monaten Gefängnis, Frau Friele zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Heilmannberger.

Berlin, 17. Febr. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung war der Buchhalter Johannes Randael angeklagt. Der Angeklagte wurde, obwohl er wegen gleicher Verbrechen mehrfach, zuletzt mit einjährig Gefängnis, verurteilt ist und Tausende von anständigen Kaufleuten gern jene Stellung angenommen hätten, bei der Randaels Urteilsverteilung als Buchhalter angenommen. Die natürliche Folge war, daß Wandel, durch dessen Abtritt täglich Tausende gingen, sich bald an den ihm anvertrauten Geldern verlor und damit unter die Randaels Urteilsverteilung ging. Obwohl er selbst nur 1500 Mark monatlich verdiente, stellte er eine Fiktionsaktoren an, der er 1800 Mark zahlte. Da nach seiner eigenen Behauptung bei jener Urteilsverteilung nicht nur seine Kontrolle, sondern die gegenwärtige Niederlage herrschte, war es dem Angeklagten möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Summe von genau 2 1/2 Millionen Mark zu unterschlagen, die er angeblich auf der Randaels Urteilsverteilung haben will, so daß das Reich, d. h. der Steuerzahler, den vollen Schaden zu tragen haben. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus. — Es fragt sich, ob nicht im Interesse der Steuerzahler diejenige Personen der Verwaltung der Urteilsverteilung haftenhaftig gemacht werden können, welche in so unvorsichtiger Weise einem schwer vorbestraften Menschen auf einen Vertrauensposten gestellt hatten.

So fein, so ergiebig - so sparsam, so rein - das muß Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz sein!



Gleich gut als Zusatz zu Bohnen- und Gerstenkaffee oder Malz. Originaldosen und Silberpackete zu haben in den Geschäften!

Städtens stürzte ihn in eine Verzweiflung, die den Zuschauer erschütterte und zu Tränen brachte, obgleich alle seine Bewegungen und Töne dem Harpagon gehörten, den man belacht und verachtet. (Schluß folgt.)

Kunst und Wissen.

Mannheimer Geschichtsblätter. In dem lobten erschienenen Heft der vom Mannheimer Literaturverein herausgegebenen „Mannheimer Geschichtsblätter“ beendet Dr. Paul Hirsch seine interessanten Mitteilungen über „Drei turpaulische Hofaktoren“ (aus den Erinnerungen von Julius Lehmann Wapler). Der Abdruck des Heftes N 7, 18 hat Dr. F. Walder zu einem Aufsatz über den ehemaligen von der Hosen'sche, später Ferdinand Babendurg'sche Anwesenheit. Dieser Nr. 5 einer Artikelserie „Alt-Mannheimer über die“ bildende Aufsatz enthält sehr interessante Mitteilungen über die früheren Bewohner der um 1843 errichteten Villa. Weiterer Beiträge des Inhaltlichen helfen sind: M. Hufschmidt: „Das Aussehen des Mannheimer Hofes“; M. Hufschmidt: „Das Aussehen des Hofes und Anbänden des Hofes“; M. Hufschmidt: „Das Aussehen des Hofes“; M. Hufschmidt: „Das Aussehen des Hofes“.

Ein Winterbild vom Glöckchen ist gegenwärtig in der Galerie Bad ausgehellt. Es kommt von der Hand des Malers Joh. Sachse und ist eine gelungenes temperamentovolle Arbeit, die sich besonders an die Freunde des Oldenwalds wendet. Wie man sich bei dem Künstler das Bild zur Verfügung gestellt, um dem Oldenwaldklub, dessen besondere Fürsorge dem Glöckchen ja gebührt, neues Mittel zu zuführen.

Mannheimer Künstler auswärts. Ueber die Leistungen des einheimischen Konzertängers Otto Buschmeier als Solist eines Männerchorvereins im Gartenlokal des Kurhauses in Baden-Baden berichtet das „Badener Tageblatt“ u. a. Der Sänger verfügt über eine frische, außerordentlich ausgiebige Stimme; im Tonlage, Atemführung und Aussprache ist er der personifizierten Gesangslehre. Er erzieht besonders mit den schwierigen Liedern von Trunk lebhaften Beifall und mußte sich zu einer Dreizehner werden lassen.

Sächsische Staatstheater und Landtag. Unter Decret der Reichsregierung schreibt uns: Der Haushaltsausschuß des Sächsischen Landtags nahm Stellung gegen die geplante Zurückweisung der Staatsdienereigenschaft an den Generalmusikdirektor der Staatsoper und genehmigte den Vertrag mit dem neuangestellten Generalmusikdirektor mit den Gesamtbudgeten von 200 000 Mark. Es wurden ferner die Mittel für die verstorbenen Musikanten in der Katholischen Hofkirche bewilligt und die Erhöhung

Sportliche Rundschau.

Pferdesport.

Kennausstellungen. Der Rennklub Frankfurt a. M. veröffentlicht die Ausschreibung für seine klassischen Herbstrennen im August und Oktober...

Kraftfahrwesen.

Der Große Preis von Europa. Für das internationale Automobilrennen am 10. September bei Mailand ist jetzt die Ausschreibung erschienen...

Athletik.

Sportklub Apollo S. V. München will am morgigen Sonntag mit seiner berühmten Mannschaft Böhm, Volzinger, Böhl, Köpfer und Bogner in Ludwigshafen...

Winterport.

Die Nordischen Spiele brachten als Hauptereignis ein Eislaufspiel Schweden-Finnland. Die Finnen entwickelten größere Sicherheit und siegten vor den 10000 Zuschauern im Stockholmer Stadion mit 6:4 Toren.

Die Eishockeyweltmeisterschaft von Europa kam in Helsinki zur Entscheidung. Am Start fanden sich mit Ausnahme des Norwegers D. Bebergen nur Finnländer ein...

Neues aus aller Welt.

Die Deutsche Gewerkschaft München wird am 13. Mai eröffnet werden. Für die Vertreter des Reichsbundes der Deutschen Gewerkschaften...

Ein verurteilter Söldner. Ein Ost-Bohrer, der bei einem französischen Artillerieregiment diente, war vor einigen Tagen in Saarbrücken während einer Langweiligkeit aus Eifersucht mit einem Sergeanten des Regiments in Streit geraten...

Keine Strafmilderung für Kupplerinnen. In einem Strafprozess beantragte der Verteidiger für eine Kupplerin die Anwesenheit der neuen Gesetzesnovellen...

Schiffuntergang auf der Elbe. Der zur Hamburg-Amerika-Linie gehörende Doppelschraubendampfer „Conla“ ist auf der unteren Elbe von schwerem Treibeis überflutet und in den Grund gedrückt worden.

Die Sinfoniekonzerte empfohlen. Eine Erhöhung der Preise für die Oper verwarf man, um nicht den „ganz besonders wertvoll“ und den Ausländern allein den Besuch zu ermöglichen...

Darmstädter Theater. Nach dem ungewöhnlichen Erfolg der „Königin Lamara“, die in Darmstadt bekanntlich ihre Uraufführung erlebte, ist es verständlich, daß Intendant Gustav Hartmann weiter unter literarischen Schätzen Anstalt hantieren möchte...

Darmstädter Theater. Nach dem ungewöhnlichen Erfolg der „Königin Lamara“, die in Darmstadt bekanntlich ihre Uraufführung erlebte, ist es verständlich, daß Intendant Gustav Hartmann weiter unter literarischen Schätzen Anstalt hantieren möchte...

Der alte Stadt Deutschlands. Auf diesen Ehrentitel kann man die Reichsstadt in der Zeitschrift „Zeiten und Völker“ dankbar sein...

Die alte Stadt Deutschlands. Auf diesen Ehrentitel kann man die Reichsstadt in der Zeitschrift „Zeiten und Völker“ dankbar sein...

Die alte Stadt Deutschlands. Auf diesen Ehrentitel kann man die Reichsstadt in der Zeitschrift „Zeiten und Völker“ dankbar sein...

Die alte Stadt Deutschlands. Auf diesen Ehrentitel kann man die Reichsstadt in der Zeitschrift „Zeiten und Völker“ dankbar sein...

Die alte Stadt Deutschlands. Auf diesen Ehrentitel kann man die Reichsstadt in der Zeitschrift „Zeiten und Völker“ dankbar sein...

Handel und Industrie.

Handelsschiffe für die Alliierten.

In § 5 der Anlage III zu Teil VIII des Versailler Friedensvertrages ist bestimmt, daß die Reparationskommission binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages der deutschen Regierung die Höhe des Schiffsraumes mitteilen wird...

Von einigen Tagen ist in Berlin eine Delegation der Reparationskommission eingetroffen, um mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der auf deutschen Werften für die Alliierten zu bauenden Handelsschiffe zu verhandeln...

Wie wir hören, hat die Delegation verlangt, daß jährlich 40000 Bruttotonnen auf deutschen Werften für die Alliierten gebaut werden. Bisher hatten die Alliierten von dem ihnen im Friedensvertrag eingeräumten Recht keinen Gebrauch gemacht...

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G.

Wie wir seinerzeit ausführlich berichteten, wurde in der a.-o. G.-V. vom 16. Januar d. J. das Grundkapital der Gesellschaft von 50 Mill. M auf 150 Mill. M durch Ausgabe von 50000 über je 1000 M auf den Inhaber lautenden neuen Aktien erhöht...

15 Millionen-Anleihe der Stadt Frankenthal. Die Stadt hat bei verschiedenen Sparkassen durch Vermittlung der Girozentrale, Zweigstelle Kaiserslautern, ein Anleihen von zusammen 15 Mill. M aufgenommen...

Neckarsulmer Fahrradwerke A.G. Die gestrige G.-V. setzte die Dividende auf 20% (15%) für die Stamm- und 6% für die Vorzugsaktien fest.

Ferdinand Wagner A.G., Pforzheim. Die Ferdinand Wagner A.G., Doublerfabrik und Estampier in Pforzheim schlägt eine Kapitalerhöhung um 1 auf 1,9 Mill. M vor.

Schals u. Kling A.G. in München. Unter dieser Firma wurde mit einem Grundkapital von 1,5 Mill. M eine neue A.-G. gegründet, deren Gegenstand insbesondere die Projektierung und Ausführung von Hoch- und Tiefbauten aller Art sowie die Gründung und der Erwerb von gleichen oder ähnlichen Unternehmungen im In- und Auslande ist...

Allgemeine Hochbau-Gesellschaft A.G. in Düsseldorf-Köln. Für 1921 wird nach als angemessen bezeichneten Abschreibungen und Rückstellungen eine Dividende von 25% auf die alten Aktien und von 12,5% auf die jungen Aktien vorgeschlagen...

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 17. Febr. Die heutige Börse nahm wieder einen festen Verlauf und gelangten Abschlüsse zur Notierung in Bremen-Besigheimer Oelfabriken zu 1750%, Verein Deutscher Oelfabriken zu 1185%, Beuz zu 710%, Dampfkessel Rodberg zu 775%, Mannheimer Gummi zu 765%, Rheinische Elektrotrichse zu 570% ex. Bezugsrecht, Zellstofffabrik Waldhof-Aktien zu 960% und in Zucker Frankenthal zu 830%...

Devisenmarkt

Mannheim, 18. Febr. (9.35 vorm.) Die Mark kam nachbörlich mit 0,49 cents aus New York, worauf die Börse gegenüber gestern abend um eine Kleinigkeit sich abschwächte. Das Geschäft ist lustlos und konnte sich heute früh nicht recht entwickeln...

New York, 17. Febr. Die Reichsmark notierte nachbörlich mit 0,48 1/2 cents = 207,25 M gegen 0,49 1/2 cents = 200,52 M von gestern.

Table with exchange rates for various cities: Zürich, Amsterdam, London, Paris, etc.

Table with exchange rates for various cities: Amsterdam, London, Paris, etc.

Table with exchange rates for various cities: Amsterdam, London, Paris, etc.

Table with exchange rates for various cities: Amsterdam, London, Paris, etc.

Dollarkurs 205.— Mark.

Neueste Drahtberichte.

Stuttgart, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Die Malzfabrik Stuttgart schlägt die Verdoppelung des Aktienkapitals auf 3,6 Mill. M vor.

München, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Aktienbrauerei zum Hasen, Lorenz Stötter und Kronenbräu in Augsburg. Die gestrige a.-o. G.-V. genehmigte einstimmig die Ausgabe von 500000 M 6%iger Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht...

München, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Petzbräu A.-G. in Kulmbach. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 12% (8%) vor. Ferner soll das Aktienkapital um 1 Mill. M Stamm- und 200000 M Vorzugsaktien erhöht werden.

München, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Hanfwerke Immenstadt A.-G. Die Verwaltung beantragt bei der am 14. März stattfindenden G.-V. die Erteilung der Ermächtigung zur Ausgabe von 15 Mill. M Stamm- und 1 Mill. M Vorzugsaktien...

Essen, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Westfalen-Bank A.-G. Die Bank weist für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember nach 507517 M Abschreibungen einen Reingewinn von 1,4 Mill. M aus. Eine Dividende wird nicht verteilt...

Leipzig, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Tüllfabrik Mähle A.-G. Die gestrige G.-V. genehmigte 15% (20%) Dividende zuzüglich 100 M Bonus p. r. für die alten Aktien und beschloß die Kapitalerhöhung von 3 auf 9 Mill. M.

Bremen, 18. Febr. (Eig. Drahtb.) Die Rolandlinie A.-G. schlägt die Verteilung einer Dividende von 15% gegenüber 8% i. V. vor.

Waren und Märkte.

Kehler Börsenbericht. Der gestrige Getreidemarkt zeigte ganz ungewöhnliche Preisbewegungen. Für sämtliche Zerealien (Kornfrüchte) sind in der verflossenen Woche die Preise um 50-100 M pro 100 kg gestiegen...

Neue Preisausschlüsse für die Veredelung von Baumwollgeweben. Der Verband der deutschen Veredelungsanstalten für Baumwollgewebe erhöht laut „Konfektionär“ die Listenpreise um weitere 50 bzw. 35% für alle Waren...

Berliner Metallbörse vom 17. Februar.

Table with metal prices: Elektroylkapfer, Raffinadkapfer, Blei, etc.

Table with metal prices: Kupferkass, Zinnkass, etc.

Table with metal prices: Liverpool, London, etc.

Amerikanischer Funkdienst.

Table with telegraph rates: New York, Chicago, etc.

Table with telegraph rates: New York, Chicago, etc.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar

Table with water level observations: Pegelstation von Rhein, Datum, Bemerkungen.

Mannheimer Wetterbericht

Barometer: 749,0 mm. Thermometer: 5,0° C. Niedrigste Temperatur Nacht: 4,0° C. Höchste Temperatur gestern: 6,0° C. Niederschlag: 2,3 Liter auf 60 qm. S. 3. Bewölkt.

Mannheimer Wetterbericht

Barometer: 749,0 mm. Thermometer: 5,0° C. Niedrigste Temperatur Nacht: 4,0° C. Höchste Temperatur gestern: 6,0° C. Niederschlag: 2,3 Liter auf 60 qm. S. 3. Bewölkt.

Laboda Dragées

Brust- und Hals-Dragées schützen vor Erkältung, Husten, Heiserheit und Verschleimung. In den Apotheken erhältlich. E 106. Ferromanganin-Gesellschaft, Frankfurt am Main.

Bildung und Unterhaltung

Der alte Mensch fordert im Lebenswandern
Nur alles von sich, der niedere von andern.

Don Kant bis Hegel.

Es kann sich in einem kurzen Hinweis auf ein wissenschaftlich bedeutsames Werk nicht darum handeln, der Fülle tiefster Gedanken im Einzelnen nachzuspüren, so reizvoll diese Aufgabe an sich wäre; sonst käme „eine Kritik der Kritik“ zustande. Damit ist schon gesagt, daß es sich bei Richard Kroner's Werk „Von Kant bis Hegel“ (1. Band: Von der Vernunftkritik zur Naturphilosophie, Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen) vornehmlich um ein kritisches Werk handelt.

Mit seltener Klarheit und Durchdringlichkeit entwickelt der Verfasser die Systeme der großen Denker. Seine Ausführungen führen zugleich Lernende zu jenen unüberwindlichen Meilsteinen des Denkens, als daß sie schon Wissenden eine ganz neue historische und in der Stoffbelegung wohl überhistorische Methode weisen, die Zusammenhänge einer geistigen Bewegung in ihrem Wesen als Zusammenhänge zu erfassen. Jeder einzelne Faktor wird vom Verfasser in Betracht gezogen, und doch behält er immer das Grubergebnis im Auge. Er arbeitet sich systematisch in spiralförmigem Aufstieg auf den Gipfel hinauf, der für ihn Hegel bedeutet. Schon heute kann man aus vorwiesenden Bemerkungen und der ganzen Konzeption dem zweiten Band dieses Wertes mit Spannung entgegensehen. Der erste Band ist wie eine Art einführender Vorbereitung zu werten. Wenn der Verfasser in bewundernswürdiger Selbstverleugung auch hinter seinem Stoff zurücktritt und dadurch erst in des Wortes höchster Bedeutung zum wahren Kritiker wird, so blüht der schöpferische Geist eines Denkers, der gegebene Wahrheiten zu einem neuen, unferer Zeit entsprechendem System gestaltet, für den tiefer Schauenden doch immer wieder aus den kritischen Bemerkungen hervor, eines Denkers, der vielleicht bald das Interesse der gesamten philosophischen Welt auf sich lenken wird, wenn er erst sein eigenes Ich gibt. Es ist, als schritte er aus dem Können über das bloße Können hinaus, Kroner bekennt sich in seinem Werk mutig als Dialektiker und beweist, daß nur durch die absolut durchgeführte Trennung, durch den Gegensatz im Ich selbst die letzte Identität erlangt wird.

Kant's gewaltige Tat, die „Weltphilosophie“ in die „Sch-philosophie“ umgewandelt zu haben, wird vom Verfasser von allen Seiten beleuchtet und dargestellt, schrittweise der allgemeinen Aufbau des Kantischen Systems erläutert; aber zugleich in scharfsinnigster Weise aufgezeigt, wo der Bau noch Lücken weist, wo ein Wind eindringen könnte, um das Ganze umzuwerfen. Nur mit Kant selbst setzt sich der Verfasser auseinander, nicht mit seinen vielen Interpreten. Darin liegt ein bewußter und berechneter Stoß.

Wenn Erforschung nur durch eine Synthese von Anschauung und Verstand möglich ist, wie ist diese Synthese an sich möglich? „Die Kernfrage des transzendenten Idealismus“ löst Kant nicht, da sie mit den Denkmitteln der „Analogie“, deren sich Kant bedient, nicht gelöst werden kann. „Erfahrung löst sich nicht durch die Kantische Substanzion, sondern nur durch Synthese erzielen“. Kant setzt den Verstand, die Kategorien in ihrer Gegenständlichkeit gegen das Mannigfaltige, das empirisch Gegebene, ohne zu bedenken, daß der Verstand durch seine Tätigkeit die Gegenständlichkeit seiner selbst aufhebt, daß er sich (als synthetische Einheit) aktualisiert, indem er das Mannigfaltige (das Gegenstück einer Einheit) synthetisiert, daß er durch den Akt seine ursprüngliche, konkrete Einheit wieder herstellt.

Immer wieder geht durch sämtliche kritischen Überlegungen wie ein Leitmotiv die Erkenntnis, daß über die Trennung theoretischen und praktischen Denkens hinausgegangen werden muß, bis zur Einheit des intuitiven Verstandes, bis zur Einheit des auf sich selbst reflektierenden Selbstbewußtseins. In der Kantischen Freiheitslehre vereint sich für den Verfasser die theoretische und die praktische Vernunft zur spekulativen, obgleich Kant selbst nicht zu dieser letzten Konsequenz durchdringt? „Die Ideenlehre gewinnt überhaupt erst einen sachlichen Sinn, wenn sie als eine in die Logik hineinreichende Ethik, als eine das Theoretische ins Praktische hinaus- und hineinführende

Diziplin verstanden wird. Das sich Denken des Ich ist schon in der Erkenntnistheorie ein sich Denken der ihrem Wesen nach praktischen Vernunft.“ Praktische und spekulative Vernunft sind ein und dasselbe. In dieser Identität wird erst die einheitliche Wurzel der Vernunft, das transzendente Ich gefunden.“ Wörtlich herausgegriffen zwei Stellen des Wertes, in denen Kroner zeigt, wie die bei Kant wirklichen Motive über Kant hinausreichen. Es könnte auf diese Weise die gleiche scharf formulierte Angriffsart an jedem Kantischen Kapitel festgestellt werden. Ein solches Nachspüren wäre zwar sehr lohnend, ginge aber über den Rahmen einer nur hinweisenden Besprechung hinaus. Mit derselben eindringlichen Genauigkeit setzt sich der Verfasser mit den Systemen von Jacobi, Reinhold und Maimon auseinander, um dann mit wahrer Liebe bei Fichte zu verweilen, dessen Wissenschaftslehre er wohl zum ersten Mal inhaltlich wie formal als architektonisches Kunstwerk entwickelt, vor den Augen des Lesers in seiner lebendig poekenden Sprache entstehen läßt, das Werk nicht nur nachschaffend, sondern fast neu schaffend, um dann, nach gebührender Bewunderung, denselben kritischen Maßstab wie bei Kant anzuwenden.

Auch hier lassen sich wieder willkürlich einzelne Stellen herausgreifen, um zu zeigen, mit welcher verbissener Sicherheit immer auf dasselbe Ziel zugestrebt wird, wie sich im Geiste des Verfassers die schwierigsten Probleme nach einem Gesichtspunkt hin betrachten lassen und spiegeln. Doch da dieses Werk die Eigenmächtigkeit besitzt, nur aus wesentlichen Einzelheiten zu bestehen, die sich zu einem Ganzen zusammenfügen, bei dem keine Zeile zu viel und keine zu wenig ist, so soll hiermit nur auf das Werk aufmerksam gemacht werden.

Kein ernsthaft Philosophie Treibender kann an diesem Werk vorbeigehen; Fortgeschrittenen und Fertigen eröffnet es neue Einblicke, Werden zeigt es den Weg zur Wahrheit. Wenn dieser Weg auch schwer ist, so ist er zugleich doch schön. Jemandem fühlt man das vielleicht so deutlich wie beim Studium dieses Wertes, das in seiner doppelten Bedeutung sicher Erfolg haben, und seinem Verfasser die verdiente Anerkennung bringen wird.

S. E. R.

Die Nymphe Kalypso, eine Todesgöttin.

Zu den reizvollsten Abenteuer, die der Dichter der homerischen Gesänge den göttlichen Duhar Odysseus bestanden läßt, gehört unbestritten sein Aufenthalt auf der Insel Ogygia bei der Nymphe Kalypso, bei der er volle sieben Jahre weilt, bis sie ihn auf das Gebot der Götter wieder ziehen lassen muß. Mit schillernder Liebe und einer der ruhigen Sachlichkeit Homers sonst fremden, fast empfindsam ammutenden Innigkeit hat der Dichter dieses Erlebnis seines Helden zum jarten Dops gestaltet und zugleich eine so neuzeitlich ammutende psychologische Vertiefung in seine Dichtung gebracht; denn während des Odysseus fast durch beständige äußere Abenteuer abwechslungsreich und für die Hörer spannend gemacht wird, ist hier der rein menschliche Widerstreit zwischen dem Verlangen der Beherrscherin der Insel nach dem dauernden Besitz des Götterbesitzes und der Treue des Helden, seinem auch durch alle Huld und Anmut der schönen Nymphe nicht erlösten Verlangen nach der Heimkehr zu Weib und Kind der Inhalt seines dichterischen Gestaltens. So ansehend aber die Kalypso-Dichtung für den Abseitlichen Genießer der homerischen Dichtung ist, so bietet sie doch der Erklärung erhebliche und nach den bisherigen Auffassungen kaum zu überwindende Schwierigkeiten; namentlich deshalb, weil der Aufenthalt bei der Nymphe Kalypso äußerlich viel Ähnlichkeit mit dem Abenteuer hat, das Odysseus auf der Insel Ithaka mit der Zauberin Kirke bestand, was die Frage nahelegt, ob hier die bloße Wiederholung eines gleichartigen dichterischen Vorwurfs vorliegt, oder ob ein tieferer logen-geschichtlicher Untergrund die Gestalt der Kalypso in ihrem Sinne und Ursprung von der Zauberin Kirke unterscheidet.

In seinem umfangreichen Werk über die griechische Mythologie hat nun der jetzige Professor der indogermanischen Sprachwissenschaft in Rostock, Dr. Hermann Götter, auf die Frage nach dem Ursprung der „Kalypso“-Gestalt eine Antwort gegeben, die zwar überraschend klingen mag, aber vom Verfasser mit sehr guten Gründen gestützt wird und zugleich auch um der weiteren Problematik willen, die sich von ihr aus auf die Vorstellungs- welt der indogermanischen Völker ergeben, Beachtung verdient. Die Untersuchung geht vom Namen „Kalypso“ aus, der seine Trägerin unabweislich als die „Berbergerin“ oder „Berberin“ bezeichnet; welcher Art das darin gemeinte Berbergen oder Berberin ist, lehrt der von Grunde liegende ältere Sinn des Zeitworts, aus dem der Name „Kalypso“ entstand und der kein anderer als das „Ber-

bergen in der Erde“, d. h. das Begraben ist. Kalypso heißt also die Berbergerin, Berbererin, weil sie von Hause aus nicht eine Nymphe, sondern eine Todesgöttin ist und demgemäß ihren Wohnort in dem finsternen Nachreich im Innern der Erde hatte, in dem nach dem Glauben der Alten die Toten hausten. Daß diese Todesgöttin in der homerischen Dichtung als verlockende und Liebesgöttin erscheinen kann, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß nach alter Vorstellung die Todesgötter nicht nur gewaltsam Menschen rauben, sondern auch in Gestalt verführerischer Frauen Sterbliche in ihr Reich verlocken, sobald Tod und Sterben gewissermaßen als Ehe und Vermählung mit einer Todesgöttin erscheinen. In dieser Deutung paßt auch vorzüglich die Umgebung der Felsenrotte, in der bei Homer Kalypso ihren denkwürdigen Aufenthalt hat: Erlen, Schwarzpappeln und Aporellen umgeben, Eulen, Habichte und Meerkrähen umflattern, giftiger Epos umrankt sie — gewiß eine Tier- und Pflanzenwelt, die man eher beim Eingangs ins düstere Totenreich als auf den heiligen Gipfel einer Liebesgöttin zu finden erwartet. Mit der Zauberin Kirke, der Verkörperung der Sinnlichkeit, hat also Kalypso gar nichts zu tun, wohl aber ist ihr Name — natürlich auf Grund eines uralten Zusammenhangs — das genaue Gegenstück zum Namen der nordischen Todesgöttin Hel, der in gleichfalls nur als „Berberin, Berbergerin“ gedeutet werden kann. Ganz ebenso und nicht als die Verkörperung von Wollen und Sonnenstrahlen, in die sie früher umgewandelt wurde, ist aber auch unsere deutsche Frau Holle zu verstehen. Sie ist es betanntlich, die in der älteren Sage die Absterben aus ihrem Reich zur Welt bringt, die allen Wadstum, Fruchtbarkeit und Gedeihen spendet, die Schneefäden auf die Erde herabschleutet usw.; andererseits ist sie es aber auch, die in der mittelalterlichen Dichtung als Frau Venus im Janderberg — der in vielen Gegenden der Frau Hollenberg heißt — wohnt und in diese schöne Welt die Söhne verlockt, um mit ihnen der Liebe Seligkeit zu genießen. Es geliebt offenbar sich uns die Nymphe Kalypso als die Verkörperung eines in der indogermanischen Gegenwart weitverbreiteten Gesechts von Eifen und Huldinnen, das bis ins Arianische Reich, in die Lannhäuser-Sage, die Sage vom Ritter Ouf, von der Berberin — welches Wort eigentlich „Eisenfelsen“ bedeutet — seine Ausläufer entfandt hat. So sehr uns aber auch heute diese Eifen- und Huldinnen, Wolfshraun usw. als Verkörperungen menschlich-leiblicher Triebe erscheinen mögen, so sind sie doch in ihrem Ursprung Todesgötter, die den Menschen mit ihrer überirdischen Schönheit bezaubern und in ihr als Eisenparadies verklärtes Reich hinabziehen.

Der Verfasser ist übrigens geneigt, den Geltungsbereich dieser Vorstellungen noch erheblich weiter auszudehnen und — von anderem abgesehen — in der wichtigsten Dichtung des älteren Deutsch- tums, dem Nibelungenlied, sowie in der Dohert'schen Dichtung Nibelingsage und Ausläufer dieses uralten Vorstellungsweltes zu sehen. Auch in der ältesten Nibelungen-Sage wird der arglose Held durch eine wunderschöne Eifen verlockt, die in der Nibelungensage (Nifheim; daher der Name Nibelunge) zu folgen; der Name dieser Eifen ist „Arimbilde“, die „Arimbilde“ unserer mittel- hochdeutschen Dichtung, und dieser Name bedeutet wiederum mit- anderem als „verhüllte Kämpferin“, bezeichnet seine Todesgötter offenbar als ein dämonisches Wesen der Unterwelt. Wie Arimbilde, so gehört aber auch der „Berberin“, „finstere“ Hagen zweifelslos der Schattenwelt an; Hagen — was vielleicht „der Eingehende“ bedeutet — ist ein alter Eibennamen, und bezeichnet offenbar das Dämon des Todesdämons, das von diesem in einer Höhle, einer Dornen- hecke usw. „gehegt“, das heißt in Gewahrsam gehalten wird. Die Todesdämon ist der Name „Hagen“ übrigens bis zum heutigen Tage sowohl an sich wie in seinen Ableitungen lebendig geblieben. Er makte in unserer neueren Sprache die Form „Hain“ annehmen — Vergl. das Verhältnis von „Maad“ und „Maib“ — und wir haben wir dann in dieser Deutung nicht nur die Erklärung für die — allerdings erst in neuerer Zeit schriftlich bezeugte, doch unweifellos uralte — Benennung des Todes als „Treu und Heil“ oder „Heil“ mit den Ableitungen Heng, Henge usw., sondern auch für die so beliebte Bezeichnung der im Innern der Erde hausenden Kobolde, Hausgeister, Dämonen usw. als „Heinzelmannen“ usw. auch der aus Marlow's Oper bekannte finstere Hans Heiling; denn der im nächsten Dunkel der Unterwelt hauste, gehört hierher; denn sein Name ist zweifelslos aus „Heinling“ verläßt. „Hagen“ aber, der durch Volkstum von Eifenbach verwestete „Name des „Schwammlitters“, lautet in seiner älteren Form „Vorangene“, was erkennen diesen Namen unweifelhaft als eine Zusammenfügung aus „Lore“ in Boreley und „Grime“ in Grimhilde; es bedeutet eine „verhüllte, orteilene Eifen“, der aus ihrem fernem Wunderlande nach dieser Erde gezogen kommt, um hier gleich Hans Heiling be- glückender menschlicher Liebe teilhaftig zu werden.

So bietet Götters Untersuchung über Kalypso den logen- geschichtlichen Untergrund der homerischen Kalypso-Dichtung, eine Fülle der Aufklärung über die Vorstellungen, die unsere indogermanischen Vorfahren in Sagen- und Volksglauben zum Teil bis heute lebendig geblieben sind.

Dr. Karl Schneider.

Das Reich der Jugend.

Wie die Molkenkur in Heidelberg zu ihrem Namen gekommen ist.

Für die Jugend erzählt von W. Sigmund-Heidelberg.

Gibt es ein reizenderes Fleckchen zum Reisen als die Molkenkur in Heidelberg? Wohl allen Wanderern ist sie bekannt, aber die wenigsten wissen, wie dieses Kleinod der Heidelberger Wälder zu seinem sonderbaren Namen gekommen ist.

Vor 700 Jahren — nur keine Angst, Geschichtsklitterung gibt's nicht — also vor so langer Zeit reichte hier oben eine starke Bergriehe ihre trostigen Mauern aus dem grünen Waldesdickicht. Fremde verirrten sich selten zu ihr, und von den Talbewohnern kamen auch wohl nur die Vermitten beim Holz- und Beerenjammeln auf beschwerlichen Pfaden in ihre Nähe. Denn solch bequeme Strohen wie heute führen damals noch nicht durch das Gebirge, und die Schloßherren mußten schon kräftige Gänse vor ihre schweren Rutschspinnen, wenn sie vom Tal und Fluß auf ihre hochgelegene Burg fahren wollten.

Einem späteren Burgherrn gefiel's deshalb in der schwer zugänglichen Waldesstille bei Fuchs und Hasen nicht mehr so recht. Er ließ weiter ins Tal hinab und ließ sich auf dem Teufelsbühl, wo das heutige Schloß steht, eine neue Burg erbauen, schöner und geräumiger als die alte. Der alte Kasten wurde zur Aufbewahrung des gefährlichen Schießpulvers benutzt. Mit seinem Neubau auf dem Teufelsbühl hatte der Pfalzgraf den Anfang gemacht zu der herrlichen Gebäudenlage, die wir heute als das weltberühmte Heidelberger Schloß kennen.

Im Jahre 1386 errichtete der Pfalzgraf Ruprecht die „Hohe Schule“ zu Heidelberg, und aus ganz Deutschland kamen die Studenten nach der neu gegründeten Universität. Da gab's Leben in der kleinen Stadt! Und die Scholaren schürten auch den Weg nach der „oberen, alten Burg“ nicht, wo sich auf lustigen Waldpfaden drei Seitenhöfen und Beherrschung so traumlich ruhte. Dem Kurfürsten aber war bei den übermächtigen Streichen seiner Studenten nicht ganz geheuer. Wie leicht konnten sie Unfug verüben und die Volkstammer mit lauter der ganzen Burg durch ein einziges, unvorsichtiges Hinstürzen in die Luft sprengen! Er ließ deshalb strengen Befehl ergehen und drohte mit schweren Strafen.

Aber trotz dieser Drohtat enging die verlassen Burg ihrem Schicksal nicht. Eine Tages — es war gerade besonders viel Vulk- über droben angehäuft — zog eine dunkle Wetterwolke am Himmel

herauf, ein Blitz züngelte hernieder, und in einzigem gewaltigem Feuerstrahl fuhr das ganze Bauwerk trohend in die Luft. Als das Gewitter ausgeht hätte und die Heidelberger sich gegen Abend an die Unglücksstätte heranzuwagen, da sah man nichts mehr von Turm und Mauern. Ein einziger wüster Trümmerhaufen bedeckte den Platz, wo ehemals die starke Befestigung stand.

In einem Buch aus jener Zeit ist über das Unglück zu lesen: Auf St. Marktag, im siebenundzwanzigsten Jahr, um vier Uhr nachmittags, ist zu Heidelberg ein Wetter ausgebrochen, wild und ungemütlich. Mit großen erschrecklichen Donnerlägen. Und hat der dritte Donner- schlag in das alte Schloß geschlagen, an dem Ort, darinnen mehr denn zweihundert Tausend Pulvers gewesen, welches sich von dem Donnerdick entzündet hat. Das ganze Schloß wurde in einem Augenblick gesprengt und zertrümmert. Viele Steine von dem Gemäuer sind in die Stadt hinunter gefallen worden, und schier in allen Gassen die Fenster, Dächer und Lächer zertrümmert und zerbrochen; auch viele Kirchenfenster sind zertrümmert worden. Auch in dem neuen Schloß, das unter dem alten liegt, sind die Fenster glatt gesprengt; große Steine wurden in das Schloß geschleudert. Das Wetter hat auch etliche Gewölbe im neuen Schloß eingestürzt und für mehr als 30 000 Gulden Schaden im neuen Schloß und in der Stadt getan.

Jahrzehnte, Jahrhunderte vergangen, kein Mensch kümmerte sich mehr um das Trümmerfeld. Brombeerbüschel, Himbeersträucher, wilde Rosen und Belagertspinnen allmählich ihr grünes Kleid um die einsame Wüstenei.

Erst lange nachher erinnerten sich die Heidelberger wieder der alten zertrümmerten Burg. Aber diesmal zogen sie nicht mit Singen und Scherzen an die alte Stätte. Eine schwere, schwere Zeit war über die Pfalz hereingebrochen: Heidelberg war von den Franzosen in Brand gesteckt worden und lag in Schutt und Asche. Frierend und hungernd irrten die unglücklichen Bewohner in den Straßen umher. Da sie sich endlich zum Bau neuer Häuser aufraffen, fiel ihnen der große Trümmerhaufen eben ein, auf dem so viele schön behauene Steine unbenutzt herum- lagen. Was sollten sie da ihre Kaufleute erst mühsam aus der Ver- wand brechen und in seiltwinder Arbeit wieder dauen? So zogen sie denn mit Hacken und Wägen an den Fuß der Trümmerstätte, hielten an Eirinen, was sie brauchten, und bauten mit ihnen die neuen Häuser der Stadt.

Die alte Burg aber blieb vergessen. Brombeerbüschel und Strauchwerk wucherte weiter zwischen Keilen und Mauerresten, und nach vor 100 Jahren lag hier eine öde Wüstenei.

In dieser Zeit kam eine Frau, mit Namen Rouge (sprich: Roische) nach Heidelberg, und da es ihr hier so gut gefiel, siedelte sie sich hier- an. Täglich machte sie Spaziergänge durch die Wälder und kam eines Tages auch an den Platz, wo die alte Burg in Trümmern lag. Heber-

rascht sahnte sie von einer hohen Stelle der Mauerüberreste in die wundervolle Landschaft zu ihren Füßen. Wie ein süßeres Land fruchtbares Rheinebene. Wütere Schiffein und schwere Bruchstücke jagen auf seinem Rücken an schmalen Böfchen vorüber. Weibler aus blauer Ferne grüßten die Berge der Harde. Stundentlang trau- te die Frau hier oben sitzen und die schöne Landschaft betrachten. Bald kannten alle Heidelberger die sonderbare Frau, die täglich ihre Schritte nach ihrem Lieblingsplätzchen lenkte. „Kulcherus“ nannten sie den hübschen Aussichtspunkt, an dem sie selbst mehr und mehr Weiland fanden, und bei den alten Heidelbergern heißt der Platz heute noch „Kulcherus“.

In den folgenden Jahren ward der hübsche Platz mehr und mehr von Fremden und Einheimischen besucht, die sich an der herrlichen Fernsicht ergötzen. Im Jahre 1851 erwarb ein Vorzeitanwalt, namens Wagner, einen Teil des Geländes. Er ließ den Platz ein- gestrümp und Gestein säubern und eben machen, damit die Spazier- gänger ungehindert Zutritt hatten und die Aussicht bequemer ge- nießen konnten.

Auch an die dürstigen Wanderer dachte er und verkaufte an sie die würzige Milch seiner Ziegen, die im nahen Walde ihr Futter suchten. Einer erzählte es dem andern, wie schön es hier oben sei, und viele Wanderer lenkten ihre Schritte nach dem herrlichen Platz mit der wunderbaren Aussicht. Der Besitzer Wagner machte es ganzes Geschäft. Er sorgte für bequeme Unterkunft seiner Gäste, die nach dem erquickenden Spaziergang gerne eine Schale süßer Zie- gemilch oder ein Glas Molken tranken. Bald nannten die Leute ihr Wanderziel nicht mehr anders als Molkenkur, und dieser Name ist dem Platz bis auf den heutigen Tag geblieben.

Später ging das ganze Anwesen in den Besitz der Stadt Heidel- berg über; die nach und nach die Wälder abgerodert und der son- nen Platz zu dem wundervollen Garten umschuf, wie wir ihn heute sehen. Eine bequeme Fahrtrasse führt nach der Molkenkur, und die Fußgänger finden wohlgepflegte Wege zur Wanderung. Die Weg- bahn endlich führt jährlich Tausende von Gästen nach dem so gerne besuchten Molkenkurhügel.

In jense älteste Zeit der „oberen Burg“ aber erinnert ein Stein- stein im Garten der Molkenkurwirtschalt, der die Inschrift trägt: Hier

Das alte Heidelberger Schloß, urkundlich erwähnt zum erstenmal im Jahre 1225, als obere Burg im Jahre 1303. Durch Blitzschlag zerstört 25. April 1387.

